Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die 5. Oktober-Woche, fällig bei Abholung, 9 Milliarden Mark frei Haus. Abholestelle 8,0 Milliarden Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 1,5 Milliarden, bei 6 Seiten 2,0 Milliarden, bei 8 Seiten 2,5 Milliarden.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstunden: Kleine Ritterstr. 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem **Amtsblatt der Stadt Merseburg**
der wöchentl. Unterhaltungsbeilage **Am häuslichen Herd** und dem monatl. erscheinenden **Chronist von Merseburg**

Anzeigengrundpreis × Schlüsselzahl = Tagespreis. Für den achtgespalt. Millimeterraum 20 M. bei Barzahlung — sonst Tagesschlüsselzahl am Zahltage — im Reklameteil 60 M., für Stellenanzeigen und Nachweisungen 60 M. Aufschlag. — Vorstehende Grundpreise werden multipliziert mit der Schlüsselzahl des V.D.Z.V. (z. Z. 18 000 000). Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Belegnummer wird berechnet.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 30 070.
Fernruf: Redaktion 224. Geschäftsstelle 466.

Nr. 255 — **Dienstag den 30. Oktober 1923.** — **50. Jahrg.**

Die Ordnungs-Aktion in Sachsen.

Die Amtsenthebung der sächsischen Regierung.

Dresden, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Nach der schon gestern mitgeteilten Ernennung des Reichskommissars Dr. Heintze hat gestern ein Hauptmann vom Reichswehrkommando IV im Auftrage des Reichskommissars dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und den übrigen sächsischen Ministern mitgeteilt, daß die Minister ihrer Ämter enthoben seien. Die Minister haben sich gefügt.

Die Amtsenthebung stützte sich auf folgende, heute durch WTB. verbreitete

Verordnung des Reichspräsidenten:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Oktober 1923.

gez. Ebert. gez. Dr. Stresemann."

Der Zusammentritt des sächsischen Landtags verboten.

Dresden, 30. Okt. General Müller, der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, erläßt folgende Erklärung: „In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar von Sachsen findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt."

Aufruf des Reichskommissars an die Sachsen.

Dresden, 30. Okt. (WTB.) Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, erläßt einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung, in dem er es als seine Hauptaufgabe bezeichnet, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrkreises 4 die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen und die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fordern. Von der Beamtenschaft erwartet er, daß sie getreu ihren Amtspflichten nachkommt.

Dreitägiger Generalstreik?

Nach einer Meldung der „V. Z." aus Dresden haben die Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Afa und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, sowie die Parteiorganisationen der VSPD. und der KPD. für Sachsen in längerer gemeinsamer Sitzung für heute früh für ganz Sachsen einen dreitägigen Generalstreik beschlossen.

Die Neubildung der sächsischen Regierung auf parlamentarischer Grundlage.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dittmann haben sich nach Dresden begeben, um dort mit ihren sächsischen Parteifreunden wegen der Regierungsbildung in Sachsen zu verhandeln. Die Blätter hoffen, daß ihnen das Vermittlungswerk gelingen wird. Nach Ansicht parlamentarischer Kreise kommen für die Zusammensetzung des neuen ohne Kommunisten zu bildenden Kabinetts drei Möglichkeiten in Frage:

1. eine rein sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung durch die Demokraten;
2. ein Kabinett der Sozialdemokraten und Demokraten mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei;
3. würden sich auch die Demokraten allein zur Bildung eines neuen Kabinetts bereitfinden lassen. Wird eine neue Regierung ohne Kommunisten gebildet und erhält sie für ihr Programm im sächsischen Landtag eine Mehrheit, dann hat auch, wie die Blätter betonen, die Reichsexekutive in Sachsen ihr Ende erreicht und der Reichskommissar ist dann überflüssig geworden.

*

Wie das „B. T." erfährt, ist das Hauptargument des Reichskommissars Dr. Heintze in Sachsen darauf gerichtet, sobald wie möglich den Zusammentritt des sächsischen Landtags zu erwirken. Das Verbot des Landtagszusammentritts bestand nur so lange, als die Regierung Zeigner am Ruder war.

Weitere Maßnahmen.

Dresden, 30. Okt. (Priv.-Telegr.) Am Montag wurden auf Befehl des Wehrkreiskommandos sämtliche Regierungsgebäude in Dresden, das Landtagsgebäude, sowie die Hauptpost und das Telegraphenamt militärisch besetzt, um den ungestörten Weiterbetrieb bei diesen Behörden unbedingt sicherzustellen.

*

Auf Wunsch des Reichskommissars hat der Militärbefehlshaber des Wehrkreises 4 das Erscheinen sämtlicher kommunistischer Zeitungen bis auf weiteres verboten. Die Druckereien wurden polizeilich besetzt. In Frage kommen: „Sächsische Arbeiterzeitung", Leipzig, „Der Kämpfer", Chemnitz, „Volksblatt", Dresden, und die in Halle und Magdeburg erscheinenden kommunistischen Organe.

*

Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 4 erläßt folgende Bekanntmachung:

Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich:

„Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaate Sachsen bis zu anderweiter Regelung verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der in Ziffer 7 meiner Verordnung vom 27. Oktober 1923 angeführten Strafandrohung."

Das Reichskabinett zur Lage.

Die Stellung der Sozialdemokraten zu dem scharfen Vorgehen.

Berlin, 30. Okt. Das Reichskabinett trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Vorgängen in Sachsen zu beschäftigen. Wie der „Vorwärts" meldet, protestierten die sozialdemokratischen Minister gegen das Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heintze und des Generals Müller. Ihre weitere Entscheidung werden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Einvernehmen mit den Partei-Instanzen treffen. Das Blatt mißt der heutigen geheimen Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und der für morgen einberufenen Sitzung der gesamten Fraktion eine außerordentliche Bedeutung bei.

Neue innerpolitische Gefahren!

Die Sozialdemokratie steht vor einer schweren Entscheidung; die Meldung, daß die sozialdemokratischen Minister des Kabinetts Stresemann dem Vorgehen gegen Sachsen — Forderung nach dem Rücktritt der sächsischen Regierung, Verbot des Zusammentritts des Landtags, Ernennung Dr. Heinzes zum Reichskommissar — zugestimmt haben, wird in dieser allgemeinen Form von sozialdemokratischer Seite bestritten, und am Montag wurde für Dienstag um 1 Uhr der Vorstand der Reichstagsfraktion einberufen. Es wurde dabei die Unterlassung jeder Sonderaktion innerhalb der Partei angeordnet.

Es steht nichts Geringeres auf der Tagesordnung, als die Frage: **ob die sozialdemokratische Partei noch in der Regierung bleiben will und ob sie es angesichts der Stimmung eines Teiles ihrer Wählerschaft ohne Spaltung noch kann.** Mit einem Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung wäre aber nicht eine gewöhnliche parlamentarische Krise geschaffen, denn bekanntlich gilt das Ermächtigungsgesetz nur für das jetzige Kabinett, und für ein anderes Kabinett wäre zu einem neuen Ermächtigungsgesetz die Zweidrittelmehrheit kaum zu beschaffen. **Wenn also zum drittenmal das Kabinett Stresemann bedroht erscheint, so ist die Lage noch schwieriger als bei der letzten Krise,** zumal inzwischen der Konflikt mit Bayern eingetreten ist, der zu der Erbschaft an der Ruhr hinzutritt. Die Gerüchteträger sind inzwischen eifrig an der Arbeit; sie wollen von einem Minderheitskabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wissen, einer Wiederholung also des aus Volksparteiern, Demokraten und Zentrum zusammengesetzten Kabinetts Fehrenbach, vielleicht auch einer Wiederholung des Kabinetts Cuno, das bekanntlich parlamentarisch in erster Linie auf die Arbeitsgemeinschaft gestützt war. Aber für ein solches Kabinett bestünden die Schwierigkeiten hinsichtlich des Ermächtigungsgesetzes gleichfalls. Bliebe nur die „Lösung" (?), daß bei einem Zerfall der großen Koalition endlich einmal die Rechte in die Verantwortung geht. Auch sie wäre parlamentarisch eine Minderheitsregierung, aber eine, die vermutlich weniger Scheu hinsichtlich parlamentarischer Bindungen hätte. Sie würde offenbar auch ohne Ermächtigungsgesetz sich zu allerlei ermächtigt glauben. Die Anhänger einer solchen Wendung haben ja schon seit einiger Zeit die Meinung ausgesprochen, daß Dr. Stresemann einer derartigen Regierung Platz machen soll, und sie haben dem Kanzler recht unverblümt die Rolle jenes Konrad von Franken zugeschoben, der vor rund 1000 Jahren die Reichseinheit nicht schaffen konnte und am Ende, seines Lebens die Königskrone gerade dem Führer der Fronde gegen die Reichseinheit, dem Sachsenherzog Heinrich dem Vogler, überließen ließ. Die Rolle dieses Sachsenherzogs wollen diese Leute dem Herrn von Kahr geben, der als Frondeur gegen eine Reichseinheit von heute der Schmied der Reichseinheit von morgen werden könne.

Diese Bestrebungen bestehen (wir berichten nur!), und auf den Ernst der Lage nach dieser Seite hin hat auch der Innenminister Sollmann hingewiesen, als er meinte, daß ein Vortragen der nationalistischen Bewegung Bayerns unter dem Zeichen des weißen Terrors nicht ganz aus dem Bereich der Möglichkeit läge. Die Frage ist zunächst, ob Dr. Stresemann gesonnen ist, die ihm zugedachte Rolle Konrads von Franken zu spielen, und ob er insbesondere den Herrn von Kahr für den geeigneten Träger der Rolle des Sachsenherzogs Heinrich hält. Jener Sachsenherzog wurde immerhin aus einem Frondeur ein großer König, der mit sehr langer Realpolitik zehn Jahre lang durch Tribute die Magyaren vom Leibe hielt, bevor er diese Last abwerfen konnte, der also, wenn man will, ein „Erfüllungspolitiker" war. Die Meinungen darüber, ob Herr von Kahr der neue Heinrich sein kann, ob er uns wirklich die nationale Einheit geben könnte, die gerade von seinem Bayern aus in Frage gestellt wurde, sind im deutschen Volke jedenfalls sehr geteilt. Die Überzeugung Konrads von Franken, daß Heinrich der gottgewollte Nachfolger sei, scheint Dr. Stresemann im Falle Kahr nicht zu teilen, und **wenn die Sozialdemokratie die Erkenntnis Sollmanns zu der ihrigen macht, dann müßte sie wohl um jeden Preis das Kabinett Stresemann zu erhalten suchen.** Sie müßte es auch um den Preis, daß in Sachsen gegen die dortige Sozialdemokratie die Auslegung des Artikels 48 der Reichsregierung gebahnbahnt werde, die zur Ernennung des Reichskommissars Dr. Heintze, zur vorläufigen Schließung des Landtags und zur Entbehung des Ministeriums Zeigner geführt hat. Diese Auslegung hat sich der Reichspräsident, der aus der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen ist, zu eigen gemacht, und wenn die Sozialdemokratie in der Regierung bleiben will, muß sie sich dieser Auslegung fügen. Kommt es anders, dann werden diejenigen, die einer gewissermaßen physischen Entwicklung gegenüber ihre Überzeugung aufrecht zu erhalten vermögen, die Taten und Ereignisse, die dann folgen, in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus zu prüfen haben, **ob Reichseinheit und Geschlossenheit der Länder nach außen hin durch diese Entwicklung gefördert oder gehemmt werden.**

Erfolgreiche Verhandlungen der Ruhr-Industrie mit Frankreich?

Berlin, 30. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Aus Paris meldet Havas: Die Verhandlungen zwischen den alliierten Besatzungsbehörden und den Industriellen im Ruhrgebiet gehen weiter. Im Laufe dieser Woche sollen wichtige Abschlüsse getroffen werden, wodurch die Zahl der Bergwerksbesitzer und der Besitzer metallurgischer Unternehmungen, welche mit den Alliierten Abschlüsse treffen würden, von 29 auf 90 Prozent steigen würde. All diese sollen zugestimmt haben, die Reparationskohle zu liefern. Über das Kompromiß, das geschlossen wurde, sind genaue Angaben einstweilen noch nicht vorhanden. Es heißt nur, daß im Laufe der Verhandlungen die Industriellen eine Verminderung der rückständigen Kohlensteuer zugestanden erhielten. Dagegen verpflichteten sie sich, Reparationskohle grundsätzlich zu liefern. Für die Bezahlung der rückständigen Kohlensteuern werden ihnen noch Fristen zugestanden werden. Die Franzosen haben einen Teil der beschlagnahmten metallurgischen Vorräte freigegeben, und durch deren Verkauf werden die Industriellen in der Lage sein, das Geld zu beschaffen, um ihre Unternehmungen wieder in Gang zu setzen.

England und die Reparationskonferenz.

London, 30. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) In der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz hat Außenminister Curzon ausführlich über die Antworten der Alliierten auf die englische Konferenz-Anregung berichtet. Curzon und später auch die Vertreter der Dominions in der Aussprache haben große Bedenken gegen die zu weit eingeschränkten Befugnisse dargelegt. Da die englische Regierung und die Reichskonferenz aber den Standpunkt vertreten, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten an einer Prüfung der Reparationsfrage, gleichgültig, unter welchen Umständen sie erfolgt, von ausschlaggebender Bedeutung ist, hat die englische Regierung unverzüglich einen Meinungsaustausch mit Washington eingeleitet, um festzustellen, ob die amerikanische Regierung den französischen Vorschlag als eine ausreichende Grundlage für die weitere amerikanische Mitarbeit ansieht.

Die amerikanische Antwort wird stündlich erwartet. Sie dürfte entscheiden, welche Gegenvorschläge die englische der französischen Regierung machen wird.

London, 30. Okt. (Drahtmeldung des WTB.) Bonar Law ist gestorben.

Verkehrseinschränkungen wegen Kohlenmangels.

Elberfeld, 30. Okt. (Priv.-Telegr.) Wegen der Unruhen in Hamburg, der Ausstände in Bremen, Bremerhaven und Oberschlesien, sowie der unterbundenen Kohlenausfuhr aus Böhmen, kann nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion aus Elberfeld mit einer geordneten Kohlenzufuhr für die Reichseisenbahnen in den nächsten Wochen nicht gerechnet werden.

Nach den Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 30. Okt. (WTB.) Die Arbeit im Hafen und auf den Werftstätten ist gestern wieder aufgenommen und voll im Gange. Die außerordentlichen Verkehrsbeschränkungen im Hafengebiet sind wieder aufgehoben. Der seit Mittwoch voriger Woche zum Schutze des Hafens hier stationierte Kreuzer „Hamburg" sowie die beiden ihm zugeteilten Torpedoboote haben den Hafen verlassen. Die Zahl der Todesopfer auf seiten der Polizei vermehrt sich um eines, so daß die Polizei jetzt 14 Tote zu beklagen hat. Nach den bisherigen Feststellungen wurden in den Krankenhäusern 60 Tote und 154 Verwundete (Zivilisten) eingeliefert, worunter sich auch Opfer befinden, die mit dem Aufstand nichts zu tun hatten. Es dürfte noch längere Zeit vergehen, bis die genaue Zahl der Gefallenen auf seiten der Kommunisten festgestellt sein wird, da die Aufrührer durch einen eigenen, gut arbeitenden Sanitätsdienst ihre Toten und Verwundeten selbst beiseiteschafften.

Generalstreik in Bautzen.

Bautzen, 30. Okt. (Drahtmeldung des WTB.) Seit heute früh ist der Generalstreik in Bautzen durchgeführt. Sämtliche größeren Betriebe liegen still. Die Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist eingestellt. Auch die Zeitungen können nicht erscheinen.

Die Separatisten in Worms!

Worms, 30. Okt. (Drahtmeldung des WTB.) Die Sonderbündler haben gestern abend hier die rheinische Republik ausgerufen. Auf dem Rathaus weht die grün-weiß-rote Fahne.

Amtliche Devisenkurse am 30. Oktober 1923.

	Geld	Brief
1 holländischer Gulden .	25 137 000 000	25 263 000 000
1 belgischer Frank . . .	3 232 000 000	3 248 000 000
1 norwegische Krone . .	9 975 000 000	10 025 000 000
1 dänische Krone . . .	11 172 000 000	12 228 000 000
1 schwedische Krone . .	16 957 000 000	17 043 000 000
1 italienischer Lire . . .	2 913 000 000	2 927 000 000
1 Pfund Sterling . . .	289 275 000 000	290 725 000 000
1 Dollar	**64 838 000 000**	**65 162 000 000**
1 französischer Frank . .	3 771 000 000	3 789 000 000
1 Schweizer Frank . .	11 561 000 000	11 629 000 000
1 tschechische Krone . .	—	—

Sozialdemokratie und innere Krise.

Köln, 30. Okt. (WTB.) Der Reichsminister des Innern Sollmann erklärt in einem der sozialdemokratischen Zeitung „Rheinland" zur Verfügung gestellten Artikel: Ein Dauerzustand von Verfassungswidrigkeiten zwischen dem Reich und den Ländern würde

ohne sozialistische Minister

ertragen werden müssen. Wir müssen der Möglichkeit, daß die Gegenrevolution von Bayern her nach Norddeutschland vorgetragen wird, und zwar möglicherweise unter weißem Terror, ins Auge sehen. Die kommunistischen Führer in Sachsen, denen viele Arbeiter ahnungslos folgen, kompromittieren die ganze Sozialdemokratie. Jedem Bündnisgedanken hohnsprechend ziehen diese Minister durchs Land und fordern zum Kampf gegen Reichsregierung und Reichsgewalt auf. In Bayern, Sachsen und am Rhein können sich in dieser Woche geschichtliche Entschlüsse von größter Tragweite vollziehen und die Sozialdemokratie trägt, wenigstens in Sachsen und am Rhein, einen großen Teil der Verantwortung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0001

Der Stand des Reparationsproblems.

England und die französischen Vorbehalte.

London, 30. Okt. Reuter erfährt: Das Kabinett hat gestern über die französische Antwort auf Baldwins Vorschlag betreffend eine Reparationskonferenz beraten. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß Großbritannien im Hinblick auf Poincarés Antwort

nochmals die Regierung der Vereinigten Staaten zu Rate ziehen

wird, um genau festzustellen, bis zu welchem Grade Amerika gewillt ist, bei dem Werke der Wiederherstellung der europäischen Stabilität zu helfen. Man erwartet auch einen weiterenc Meinungsaustausch mit Frankreich.

Die Repko tritt heute zusammen,

…e Note der Reichsregierung vom 24. Oktober zu prüfen. Es …reits fest, daß die Reparationskommission, da die französische …ung ihre Zustimmung gab, die Anhörung der deutschen Vertreter b…ßen wird. Vermutlich werden die Mitglieder der Kriegslastenkommission in Paris, Staatssekretär Fischer und Staatssekretär Dr. Maier, die notwendigen Berichte erstatten; würden dagegen jene Delegierten vor dem Sachverständigenkomitee erscheinen, so bliebe der Reichsregierung die Auswahl jener Persönlichkeiten vorbehalten, welche Deutschland auf dieser Konferenz vertreten würden.

In der englischen Presse

macht man sich kaum noch Illusionen über die Wertlosigkeit einer Konferenz unter dem Druck der französischen Vorbehalte. Hier und da erwägt man wieder eine Konferenz ohne Frankreich. (Aber zu dieser würde ja Amerika nicht kommen!)

Das englische Kabinett soll beschlossen haben, keine ungesetzmäßige Separatistenbewegung im deutschen Westen anzuerkennen.

*

Über Amerikas Haltung,

seine Bereitschaft zu einer deutschen Sanierungsaktion und Lebensmittelhilfe sind wieder einmal sensationelle Nachrichten verbreitet. Vor falscher Hoffnung sei gewarnt. Das letzte Amtliche zur Reparationsfrage, was wir aus Amerika hörten, war die Bereitwilligkeit der Teilnahme an einer Konferenz, an welcher alle Alliierten teilnehmen. Die Vereinigten Staaten haben damit jede Wendung gegen Frankreich vermeiden wollen. Da dieses nun mit seinen „Bedingungen" die Konferenz sabotiert, was sollen uns für Anleiheaussichten bevorstehen? In ein nicht sanierbares, d. h. von Frankreich ruiniertes Land steckt Amerika keinen Dollar! Und Frankreich will diesen Ruin. Die Separatistenbewegung wird von ihm dazu gestützt und die Konferenz gelähmt.

Die Londoner Phantasiesumme.

Die amtlich-französische Auffassung des Reparationsproblems

kommt in einer Kommentierung der letzten Poincaré-Rede zum Ausdruck. In einem Communique wird auseinandergesetzt, daß die Antwort der französischen Regierung durch den Paragraphen 7 des II. Anhangs zum Teil VIII des Versailler Vertrages zu erklären sei. In diesem Paragraphen werde bestimmt, daß die Reparationskommission alle Beamten ernennen dürfe, die zur Ausführung der im Versailler Vertrag bestimmten Tätigkeit notwendig sind, und daß sie das Recht habe, Komitees von Sachverständigen einzuberufen. Ein anderer Paragraph des Versailler Vertrages (Artikel 9, 2. Anhang, Teil VIII) erlaube der Kommission, alle deutschen Argumente über die Zahlungsfähigkeit und die Zahlungsmittel des Reiches anzuführen. Dieser Paragraph 9 sei als eine Ergänzung des bekannten Artikels 224 zu betrachten, in dem gesagt wird, daß die Kommission von Zeit zu Zeit die innere Lage Deutschlands prüfen muß, „nachdem sie dem Vertreter des Reiches die Möglichkeit zur Äußerung gegeben hat". Die Kommission könne die Zahlungsfrist und Zahlungsmodalitäten ändern. Deutschland könne nicht Vertreter in das Sachverständigenkomitee wählen, aber es könne verlangen, daß seine Vertreter von dem Komitee angehört würden und alle Vorschläge und Bekundungen vortragen.

Nachdem in den amtlichen Dokumenten gesagt worden ist, was alles die Reparationskommission dürfe und könne — vorausgesetzt, daß ihr erlaubt werde, zu können und zu dürfen —, folgt aber die Hauptsache: die Begrenzung ihrer Rechte. Sie dürfe ohne besondere Autorisation der Regierungen

keinen Nachlaß der Schuldsumme

gewähren. Diese Autorisation dürfe nicht mit Stimmenmehrheit, sondern einstimmig bewilligt werden. **„Aber Frankreich wird nicht gestatten, daß über den Betrag der Schuld, wie er am 1. Mai 1921 festgesetzt worden ist, gesprochen werde, und Frankreich wird seine Zustimmung zu einer Herabsetzung dieser Summe nicht geben."**

Die Separatistenbewegung.

Berlin, 30. Okt. (WTB.) Die aus allen Teilen des besetzten Gebietes bei der Reichsregierung einlaufenden Nachrichten beweisen, daß die eingesessene Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes dem Separatistenputsch mit verschwindenden Ausnahmen völlig ablehnend gegenübersteht. Er ist damit von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Mit bezahltem Gesindel ist kein Staat zu gründen.

Die Reichsregierung weiß, daß die besetzten Gebiete sich durch nichts vom Vaterlande trennen lassen und ihm auch weiter die Treue halten werden.

*

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in der New Yorker Schlußbörse: Dollarparität 83½ Milliarden, in der Nachbörse Dollarparität 90 909 090 909.

*

Einer Blättermeldung aus München zufolge hat der Generalstaatskommissar die sozialdemokratische „Münchener Post" bis auf weiteres verboten wegen einer Veröffentlichung über die Ausweisungen aus Bayern und wegen eines politischen Kommentars zu der Note der Reichsregierung an Bayern, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Widerstand Bayerns nicht weniger gefährlich für die Einheit des Reichs sei als der sächsische. Auch das Hauptorgan der Sozialdemokraten in Schwaben-Neuenburg, die in Augsburg erscheinende „Schwäbische Volkszeitung", ist ohne weitere Gründe auf acht Tage verboten worden.

*

Der Rheinisch-Westfälische Frauenverband faßte am Sonnabend in Opladen eine Entschließung, in der es u. a. heißt: In der Gesinnungsgemeinschaft mit allen Schwestern im ganzen Vaterlande und mit der Treue zu unserem bedrückten Volke fühlen wir uns durch unlösbare Bande mit dem Reiche verbunden. Dankbar gedenken wir der Unterstützung, die wir Frauen aus allen Teilen der Welt in hartem Kampfe gegen Hunger und Verelendung erfuhren. In unserer höchsten Not rufen wir ihnen zu: Begnügt euch nicht, die sichtbaren Folgen des Unheils zu lindern. Bekämpft es an seiner Quelle und führt mit uns und für uns den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Vergewaltigung im Völkerleben.

*

In Besprechungen, die im Reichsarbeitsministerium zwischen dem betreffenden Reichsressort und den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde festgestellt, daß in kommender Woche nur ein geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausgezahlt werden kann. Der Übergang zur vollen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Die wertbeständigen Zahlungsmittel bedürfen eines erhöhten Schutzes gegen Fälschungen und unterliegen in ihrer Herstellung gewissen Beschränkungen. Die Besprechungen über die Goldmarklöhne sollen auf Wunsch der Gewerkschaften am 31. Oktober fortgesetzt werden.

*

Dem Beschluß des Aktionsausschusses in Frankfurt a. M. den Generalstreik am Montag vormittag in verschärfter Form fortzusetzen, hat, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, niemand Folge geleistet. Die Drohung der Streikleitung mit Besetzung der Fabriken und Festhaltung der Straßenbahn ist nicht ausgeführt worden. Es fehlte an Leuten, die die Befehle ausführten. Der Verkehr wickelte sich in gewohnter Weise ab. Der Generalstreik kann also als abgebrochen und damit als erledigt angesehen werden.

Berlin, 30. Okt. (WTB.) Über das Verhalten der Beamten gegenüber den Separatisten erfahren wir von zuständiger Stelle: Die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten dürfen, um schwerwiegende Folgen für das Reich zu vermeiden, unter keinen Umständen eine separatistische Aktion anerkennen. Treuverpflichtung, Unterordnung oder sachlicher Verkehr mit ihnen kann nicht in Betracht kommen. Geldmittel dürfen ihnen nicht ausgehändigt werden.

Die Lage in Bayern.

Die aufreizende Sprache Bayerns wird ohne jede Milderung fortgesetzt. Nach wie vor werden die Verfügungen und Bekanntmachungen der Reichsregierung unterdrückt, um im bayerischen Volke Unklarheit zu erhalten. Das stärkste Stück ist jedoch die jetzt erfolgte

Aufforderung zur Steuerhinterziehung

an die Landwirtschaft:

München, 30. Okt. Die bayerische Landesbauernkammer und die bayerische Handwerkskammer teilen in einem Aufruf an die Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibenden mit, daß auf ihre an die Regierung und den Generalstaatskommissar gerichteten Vorstellungen dieser die Landesfinanzämter dringend ersucht habe, daß von den am 1. und 5. November fälligen Steuerraten die der Landabgabe und, soweit der Mittelstand in Betracht kommt, auch die der Arbeitgeberabgabe unterbleiben, bis auf die von der bayerischen Regierung neuerdings zur Milderung der Steuergesetzgebung eingeleiteten Schritte eine weitere Stellungnahme der Reichsregierung erfolgt. In vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit geben daher die beiden Körperschaften den Landwirten und Gewerbetreibenden die Weisung, die am 1. und 5. November fälligen Steuern der Landabgabe und der Betriebssteuer so lange nicht zu bezahlen bis eine Revision dieser Steuern auf Grund der Entschließung des Generalstaatskommissars erfolgt ist. Damit ist ein neuer Konfliktfall mit der Reichsregierung geschaffen worden.

Mit solchen Steuererlassen macht man sich freilich populär! Es ist das ein unerhörter Eingriff in die Steuererhoheit des Reiches!

Die Aufforderung des Reiches, verfassungsmäßige Zustände herzustllen, wird in Bayern nicht als Ultimatum aufgefaßt. Man rechnet mit einer Woche bis zur Antwort der bayerischen Regierung (will man den Erfolg in Sachsen abwarten?). Vergessen wir bei Beurteilung der bayerischen Lage nicht, daß man das offen gesagt hat, daß die Verfassung geändert werden muß, im Sinne der Lockerung der Reichseinheit. Und — darüber hinaus! In dem Augenblick schwerster außenpolitischer Not. Die Auseinandersetzung mit Bayern wird dem Reich also noch sehr schwere Tage bringen, schwerer als die in Sachsen!

Außenpolitische Übersicht.

Die Amerikaner bieten uns Weizen an.

Washington, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Coolidge den Plan eines Verkaufs von 50 Millionen Bushels Weizen (ein Bushel entspricht ungefähr einem Drittel Hektoliter) an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenproduzenten einen Verdienst zu verschaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler befürworteten, daß der Kauf dieser 50 Millionen Bushels durch Wechsel geschieht, die von der Kriegsfinanzkorporation ausgestellt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Vernehmen nach bringt Präsident Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

Eine literarische Reparationslösung.

Genf, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht eine ausführliche Denkschrift über die gesamte Lage von 40 Staaten mit einer Sonderabhandlung über die deutschen Reparationsverpflichtungen und die bereits von Deutschland ausgeführten Zahlungen auf Grund der Aufstellung der Reparationskommission. Es handelt sich um den dritten Band einer auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz ausgearbeiteten Veröffentlichungsfolge. Eine Mitteilung des Völkerbundssekretariats begründet die Veröffentlichung damit, daß diese Frage gegenwärtig Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit ist.

Deutschland.

Änderung des Volksentscheid-Gesetzes.

Das Fiasko, das der Reichsbund für Siedlung und Pachtung vor mehreren Monaten mit seinem Volksentscheid, dem ersten Volksentscheid im Deutschen Reiche, erfahren hat, hat der Regierung Veranlassung gegeben, eine Novelle zu dem Gesetz einzubringen. Durch die neue Fassung des Gesetzes soll es ermöglicht werden, daß Volksbegehren, die von ihren Antragstellern nicht weiter verfolgt werden — wie es bei dem Reichsbund für Siedlung der Fall war — jederzeit eingestellt werden können; die Einstellung muß erfolgen, wenn seit Ablauf der Eintragungsfrist sechs Monate verflossen sind, ohne daß das Eintragungsverfahren abgeschlossen ist. Diese Bestimmungen finden ihre gute Begründung in den Kosten, die solche verunglückten Volksbegehren dem Reiche verursachen. Aus demselben Grunde soll jetzt zugleich auch noch einwandsfrei festgestellt werden, daß die Kosten der Herstellung der Eintragungslisten und ihrer Versendung an die Gemeindebehörden den Antragstellern zur Last fallen.

Neue Initiativanträge.

Die Bayerische Volkspartei beantragt im Reichstag, für die Zahlung von Steuern, die zukünftig nach dem Goldmarkstande zu bezahlen sind, auch weiterhin den bargeldlosen Zahlungsverkehr zuzulassen. In einem weiteren Antrage verlangt die Bayerische Volkspartei, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen diejenigen vorzugehen, die verantwortlich dafür sind, daß der erste Teil der Brotabgabe gegen Entwertung nicht gesichert wurde und darum bisher schon auf weniger als den siebenten Teil seines ursprünglichen Wertes gesunken ist. — Die Sozialdemokraten verlangen in einem Antrag Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer und ersuchen in einer Entschließung die Reichsregierung, von der Betriebssteuer auch die Konsumgenossenschaften auszunehmen.

Die Verordnung über den Beamtenabbau.

Zur Frage der Verkleinerung des Beamtenapparates verlautet jetzt, daß die Verminderung um 25 Prozent dergestalt durchgeführt werden wird, daß zunächst diejenigen Beamten entlassen werden, die im Hinblick auf den notwendig gewordenen Abbau freiwillig aus dem Dienste scheiden. Ihnen werden die über 65 Jahre alten Beamten folgen und erst dann, wenn damit die bewußten 25 Prozent noch nicht gedeckt sind, wird die Regierung zu zwangsweisen Entlassungen schreiten. Den weiblichen verheirateten Beamten kann auf Grund der Verordnung, auch wenn sie lebenslänglich angestellt sind, von einem Monatsersten zum nächsten gekündigt werden.

Merseburg und Umgegend.

30. Oktober.

Übergang der Reichsbahn zum Goldrechnungstarif.

Infolge des Niederganges der Papiermark und der zunehmenden Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Goldmarkrechnung wird auch die deutsche Reichsbahn zum 1. November 1923 im Personen-, Güter- und Gepäckverkehr zum Goldrechnungstarif übergehen.

Die bisherigen Grundzahlen, die durch Vervielfachung mit der Schlüsselzahl den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergaben, werden auch künftig der Tarifberechnung zugrunde gelegt, nur mit dem Unterschiede, daß die Vervielfachung mit dem jeweiligen Kurs der Goldmark erfolgt. Der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark in die Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgesetzt

Ein mißkanntes Kapitel deutscher Kulturgeschichte.

(Schluß. Vergl. Nr. 253, S. 7.)

Die Rechtfertigung der Freimaurerei, die Fichte in seinen Briefen gibt, wird ihm unter der Hand zu einer Darstellung des Ideals der Menschlichkeit, wie er lieber anstatt des Herder-Lessingschen **Wortes Humanität** sagte. Dies Ideal ist das Erziehungsziel des **Bundes, und es allein** erklärt auch die Wirkung, die der Orden auf die Welt ausüben will. Sie ist nicht unmittelbar. Sie wird aus**geübt mittelbar durch** die Persönlichkeiten. Gelingt deren Bildung **im Sinne eine Überwindung** jenes engherzigen, trockenen Fachmenschen**tums, wieviel** ist für Staat und Gesellschaft gewonnen! Wird der trennende Standesbegriff durch die Erziehung zur Gemeinschaft in den Mitgliedern **überwunden, wieviel** ist für den sozialen Frieden gewonnen! (7. Brief.)

Diesen allgemeinen **Gedanken führt nun** Fichte noch genauer — nach der Weise eines philosophisch, d. h. gründlich und zusammenhängend denkenden Menschen, — an einer Reihe von Grundsätzen aus, in denen er die Ziele des Bundes ausprägt. Manchem Gegenwartsmenschen mag diese Art ermüdend und befremdend vorkommen, aber ihre Gründlichkeit ist gerade eine deutsche Eigenart. Auch sind diese Sätze nicht aus der Luft gegriffen, sie sind in dem (in diesen Briefen natürlich nicht voll entfalteten) **Systems des deutschen Idealismus** verankert.

Er formuliert den **Menschheitsgedanken in drei Richtungen**, nachdem er die **große Voraussetzung** seiner idealen Weltauffassung formuliert hat, daß „dieses **erste Leben** eine Vorbereitung und Keim eines höheren Daseins" ist, „dessen Gewißheit wir innigst fühlen, wenngleich wir über die **Art und Weise** desselben nichts zu denken vermögen". Für dieses **höhere Dasein** dagegen, für dieses Ewigkeitsziel der Menschheit gibt es **keine andere Arbeit als diesseitige**, als praktische Arbeit in den **Lebenskreisen**, die uns gezogen sind. Ewigkeitsrichtung des Lebens, aber bewährt in **treuer Erdenarbeit; das ist die** befreiende Formel des Idealismus.

Diese will sich gleichsam in drei Dimensionen ausdehnen.

1. „Die ganze Menschheit soll eine einzige rein moralische und gläubige Gemeinde ausmachen." — **Die religiöse Idee, „als sichtbare** Kirche noch nirgends vorhanden".

2. „Die ganze Menschheit soll einen einzigen, durchaus rechtlichen Staat ausmachen; das Verhältnis der einzelnen Menschen zueinander in den Staaten, das Verhältnis dieser Staaten zu einander auf dem Erdboden soll durchaus nach dem ewigen Rechtsgesetze der Vernunft geordnet sein . . ." — Die Idee des Rechtes als allgemein gültig!

3. „Das vernünftige Wesen soll durchaus über die vernunftlose Natur herrschen und der tote Mechanismus den Geboten eines Willens unterworfen werden . . ."

Denkt man bei Lesung dieser großen Ideen an unsere Zeitgenossen, so spürt man, daß viele von ihnen erschrecken. Die Menschheit eine Gemeinde? Das klingt ja international. Nehmen wir den ersten Punkt. Denken wir über Bildung zur Sittlichkeit und zu Religiösität nach, so wird uns klar, daß es sich hier um rein Menschliches, über unsere geschichtlichen Bedingtheiten Herausliegendes handelt. Nimmt man diese Begriffe ernst, so sieht man, es kann nur eine Sittlichkeit geben. Die Sitten sind verschieden bei den Völkern; Sittlichkeit ist eine Angelegenheit, ein Ziel, was der Menschheit gilt. Wieviel mehr noch Religion! Zwar sind die historischen Religionen weit auseinander gewachsen, aber keine von ihnen ist absolut. „Die Gottheit ist in ihnen insgesamt erschienen . . ." Um der Religion willen wird der Gebildete sich loszumachen streben von den dogmatischen Fesseln. Aus einem Kirchenmenschen will er ein „Mensch werden, der die Religion hat". Im Freiwerden von äußerer Form strebt er nach der einen, allen geltenden Religion des Handelns; meisterhaft ist folgende Formulierung: „Die Religion ist ihm kein Gegenstand, sondern nur der Äther, in welchem ihm alle Gegenstände erscheinen. — Nur das ihm unsichtbare und und unbegreifliche Ewige, das hinter dieser Hülle des Irdischen verborgen ist, strebte er an (der nach Religion stehende); und nur um dieses Verborgenen willen hat das, was der Beobachter sucht, für ihn eine Bedeutung . . ."

Fürwahr eine freie, eine undogmatische religiöse Denkart, die sich nicht einschränken läßt auf die Grenzen von Volk und Heimat, sondern mit dem Menschen- und Brudergedanken an alle Herzen unter dem himmlischen Tage klopfen möchte. Der Mutterboden für diesen idealistischen Gedanken ist das Christentum.

Mit gleichem Freimut will Fichte die Idee des Rechtes (s. o. unter 2) auf die Menschheit angewandt wissen. Soll Recht im Staate gelten, so muß — der Forderung nach — auch Recht zwischen den Staaten gelten. Er sagt in diesem Zusammenhang von dem Maurer:

„Wie sich in seinen Augen verhält der irdische Zweck zu dem ewigen, ebenso verhält sich für ihn der gegenwärtige nächste Zweck des Staates, in welchem er lebt, zu dem irdischen Zweck der gesamten Menschheit. — Wie alles Irdische ihm nur das Ewige bedeutet und nur durch dieses Ewige, für dessen Hülle er es anerkennt, Wert für ihn erhält, so bedeuten ihm alle Gesetze und Verordnungen seines Staates und alle Begebenheiten seiner Zeit nur das ganze Menschengeschlecht, und haben nur in dieser Rücksicht Wert und Bedeutung." Aber das bedeutet nicht öden Kosmopolitismus! Ist doch Fichtes Religion die des Handelns in dieser Zeit, auf dieser Welt, im nächsten und gegebenen Kreis, hier und heute, ohne haltlose Schwärmerei. So fährt er denn fort: **„Nur glaube ja nicht, daß dadurch der vollkommen gebildete Mann seinem Staate entzogen und einem trägen, kalten Kosmopolitismus hingegeben werde. Er wird im Gegenteil durch diesen Sinn der vollkommenste und brauchbarste Staatsbürger.** — Ebenso nämlich, wie er in Absicht der Religion, wenngleich sein Sinn ganz bei dem Ewigen ist, dennoch seine ganze Kraft seinem Staate, seiner Stadt, seinem Amte, dem bestimmten Fleckchen der Erde, in dem er nun gerade lebt, gewidmet, obgleich sein Sinn aufs Ganze geht. **In seinem Gemüt ist Vaterlandsliebe und Weltbürgersinn innigst vereinigt**, und zwar stehen beide in einem bestimmten Verhältnis.

Vaterlandsliebe ist seine Tat, Weltbürgersinn ist sein Gedanke, die erstere die Erscheinung, die zweite der innere Geist dieser Erscheinung, das Unsichtbare in dem Sichtbaren."

Das hat der Mann geschrieben, der — mit der erste unter den politisch selbständigen Köpfen — durchaus großdeutsch dachte, und sechs Jahre später hat er die Reden an die deutsche Nation gehalten. Nicht im Widerspruch zu dieser Gedankenreihe, sondern in ihrer tieferen Ausführung! Es gehört allerdings **eine freie und ungezwungene Denkungsart** dazu, um diese organische Verbindung des Menschheits- mit dem Nationalgedanken zu begreifen!

„Was den dritten Teil des Gesamtzweckes der Menschheit anbelangt, den, daß die vernunftlose Natur dem vernünftigen Willen durchaus unterworfen werde, und das vernünftige Wesen über den toten Mechanismus herrsche, so gehört es wesentlich zu seiner Denkungsart, daß er dieses wisse, daß er darin den Zweck der Menschheit erkenne, und daß er deshalb jedes menschliche Geschäft, so geringfügig es auch sein mag, von dieser Seite ansehe und würdige."

Wieder hat hier Fichte vor allem den erzieherischen Gesichtspunkt erfaßt, den sozialidealistischen: „Die Bekanntschaft mit diesem Zwecke und die Achtung für denselben, dient ihm dazu, daß er die Menschen nicht nach dem großen oder kleinen Platze, den sie zufällig bekleiden, sondern nach der Treue schätze, mit welcher sie ihn verwalten."

Um es noch einmal mit seinen Worten zusammenzufassen: Die Antwort nach den Zwecken des Freimaurerbundes gibt Fichte in folgendem Dreiklang:

„Wir antworten: In der Religion: Absonderung alles Zufälligen, was Zeit- und Ortbedingungen in die religiöse Ansicht der Gesellschaft gebracht haben, wonach die Religion einseitig entweder als einziger abgesonderter Zweck unseres ganzen Handelns, oder Mittel für irgend einen sinnlichen Zweck aufgestellt wird. In Absicht der Bildung für Gesetz und Recht: innigste Vereinigung des Weltbürgersinns mit dem Staatsbürgersinn, in welcher der Maurer den Gesetzen seines Landes und den Verfügungen seiner Obrigkeit mit der pünktlichsten Genauigkeit gehorcht, aber nicht, als ob sein Land allein da wäre (verheerender Patriotismus der Römer usw. — jetzt der Franzosen!), sondern weil es ein Teil der ganzen Menschheit ist. Endlich in Absicht des Zweckes, die Natur der Vernunft zu unterwerfen: dient ihm die Bekanntschaft mit dem Zweck, teils ihn selbst zur Berufstreue zu ermuntern und ihm für seine scheinbar untergeordneten Geschäfte einen höheren Gesichtspunkt anzueignen, teils ihm den wahren Maßstab der Achtung für treue Beförderer der Zwecke der Menschheit, auf welche Plätze sie auch stehen möge, an die Hand zu geben."

*

Das sind Gedanken eines deutschen Klassikers über die Freimaurerei. Sie sind kein Katechismus, der sich mechanisch auf den deutschen Bund der Freimaurer anwenden ließe, aber sie bezeichnen den geschichtlichen Quellpunkt für ihn, das System des Idealismus. Mag mancher, der Sensationen erwartet und die Gedankengänge eines Systems der Sittlichkeit findet, enttäuscht sein. Im Idealismus, dessen wissenschaftliche Ausprägung die Welt der deutschen Nation verdankt, liegen die geschichtlichen Wurzeln der Freimaurerei; als eine geistige Bewegung, als eine Vereinigung mit bildenden, erzieherischen Tendenzen hat sie noch niemals Ansprüche auf äußere Geltung gemacht. Angriffe und Nachreden, die ihr Wesen verkennen, werden ihre Eigenart nicht erschüttern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0002

und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungskurs gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Goldtarifsätze in Papiermark zur Anwendung. Die Abfertigung der Reisenden erfolgt in derselben Weise und an denselben Schaltern wie bisher. Besondere Einrichtungen, wie Verweisung an bestimmte Schalter, im Notfalle an bestimmte Wechselkassen, lassen sich dort nicht umgehen, wo bei zunehmendem Umlauf von Rentenmark, Dollarschatzanweisungen, Goldanleihe usw. die Umrechnung am Zahlkartenschalter die Abfertigung zu sehr aufhalten würde. An der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Die Rückgabe der Fahrkarten am Schalter ist nur am Lösungstage zugelassen. Fahrgeld, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldkurse am Tage der Zahlungsanweisung erstattet. Frachtstundung findet nur noch auf Goldbasis statt. Nachweisungen sind nur noch in Goldmark zugelassen. Der zehnprozentige Zuschlag bei Überweisungsfrachten fällt mit Einführung des Goldrechnungstarifes weg.

*

Das neue wertbeständige Leuna-Notgeld,

das als Vorläufer des wertbeständigen Reichsgeldes (Rentenmark) zu betrachten ist, hat bereits seinen Umlauf damit begonnen, daß es in verschiedenen Geschäften in Zahlung gegeben worden ist.

Wie jede Neueinführung, ist auch diejenige des Notgeldes auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen, die sich jedoch bei gutem Willen der Beteiligten sicherlich beheben lassen. Mehrfach haben die Geschäftsleute das Geld nur zu einem niedrigeren als dem amtlichen Dollarmittelkurs umgerechnet, offenbar, um sich damit für die allenfalls entstehenden Bankspesen schadlos zu halten. Die Scheine stellen den Wert eines 1/10 Dollars dar und sind mit einem 1/10 des amtlichen Dollarkurses zu verrechnen.

Da nach Vereinbarung mit den betreffenden Banken die wertbeständigen Notgeldscheine

mit Goldanleihe ohne Abzug eingelöst

werden, ist für eine Unterbewertung kein berechtigter Grund vorhanden.

Die Geschäftswelt hat vielfach geschrien nach wertbeständigem Geld. Nachdem nunmehr mit der Einführung begonnen wird und sie durch Einwechslung gegen Goldanleihe die Mittel in die Hand bekommt, auch ihre Lieferanten wertbeständig zu bezahlen, liegt es in ihrem eigenen Interesse, die Einführung des wertbeständigen Notgeldes zu erleichtern, dadurch, daß sie in loyaler Weise das Notgeld ohne jeden Abzug in Zahlung nimmt. Ein anderes Verhalten würde die Einführung eines wertbeständigen Zahlungsmittels geradezu sabotieren und damit die eigenen Interessen der Geschäftsleute schädigen.

Die Goldanleihestücke des Reiches.

Von dem neuen wertbeständigen Gelderſatz, den Goldanleihestücken und Zwischenscheinen, sind gewaltige Mengen in den Verkehr gelangt. Die Stücke lauten über den Gegenwert von 1 Dollar, ½, ¼, und 1/10 Dollar, den Dollar zu 4,20 Goldmark gerechnet. Der Dollarschein hat eine bräunliche, der halbe Dollar eine grauweiße, der Vierteldollar eine gelbbraune und der Zehnteldollar eine bläuliche Farbe. Die Umrechnung in Papiermark hat nach dem jeweils letzten vorliegenden amtlichen Dollarmittelkurs zu erfolgen und dürfte wohl nirgends auf Schwierigkeiten stoßen, da ja fast jeder Kleinhändler bereits nach Goldmark rechnet. Nach dem heutigen Kurs ist der Papiermarkwert (auf volle Millionen abgerundet):

1 Dollar (4,20 Goldmark) = 15 477 Milliarden,
½ Dollar (2,10 Goldmark) = 7 738 Milliarden,
¼ Dollar (1,05 Goldmark) = 3 869 Milliarden,
1/10 Dollar (0,42 Goldmark) = 1 547 Milliarden.

*

** **Personalien von der Regierung.** Zu Regierungsobersekretären wurden ernannt der Regierungszivilsupernumerar Wendt, zurzeit im Finanzministerium in Berlin, der Regierungsbürodiätar Heßling und der Regierungszivilsupernumerar Sourell vor hier; zum Regierungskanzleiassistenten der Regierungskanzleidiätar Kugler von hier.

** **Personalveränderungen bei den städtischen Werken.** Wie wir erfahren, stehen einschneidende Personalveränderungen bei den städtischen Werken bevor. Die Leiter des Gas- und des Elektrizitätswerkes werden aus ihren Stellungen ausscheiden. Direktor Voye hat sein Dienstverhältnis zur Stadt mit dem 1. Januar gelöst, dem Direktor Schröder ist seitens der Stadt für den 1. April gekündigt worden! Über die Gründe der Abberufung ist nichts bekannt.

** **Die Reichsbank** verlegt mit dem 1. November ihre Geschäftsräume in das neue Reichsbankgebäude an der Halleschen Straße.

** **Das Deutsche Turn- und Sportabzeichen** in Bronze wurde Herrn Franz Ziegenhorn, Mitglied der Merseburger Schwimmerschaft, ausgehändigt. Unseren Glückwunsch!

** **Eine Backspende.** Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca) hat anläßlich der jetzt in weiten Kreisen herrschenden Not einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt, den sie auf alle Plätze, an denen sie Niederlassungen unterhält, also auch Merseburg aufgeteilt hat, so daß jede dieser Städte einen Anteil an der Spende erhält.

** **Ein Treibriemendiebstahl** wurde in vergangener Nacht in der Engelhardt-Brauerei ausgeführt. Dem Diebe fiel ein 7,20 Meter langer und 120 Millimeter breiter Riemen in die Hände. Die Ermittlungen sind aufgenommen worden.

** **Wertbeständige Briefmarken?** Im Reichspostministerium sind zurzeit Erwägungen im Gange, die sich mit der Ausgabe neuer Marken beschäftigen, und zwar derartig, daß eine gewisse Wertbeständigkeit erreicht wird. Es soll ein fester Markengrundwert geschaffen werden, der den Vorkriegswerten entspricht und mit dem jeweiligen Entwertungsmultiplikator multipliziert wird.

** **Die Ausgabe der Lebensmittelausweise** im alten Rathause hat große Erregung hervorgerufen, da die Abfertigung nur langsam von statten geht und ein stundenlanges Warten erforderlich ist. Die Stadtverwaltung, die gegenwärtig nur über eine beschränkte Beamten- und Angestelltenziffer verfügt, hat aus allen Büros Helfer herangezogen, um die Abwicklung möglichst zu beschleunigen. Die Abfertigung geht nicht so schnell vor sich wie früher, weil auf jeden Ausweis der Name vermerkt werden muß. Die Büros im Rathause sind verödet und selbst wichtige Angelegenheiten erleiden Verzögerungen. — Daß die Ausgabe der Ausweise überhaupt nötig wurde, ist die Schuld des Teiles des Publikums, der durch die unvernünftige Brothamsterei diese Regelung erzwang. Nun muß das Warten, so zeitraubend und unangenehm es auch ist, als kleineres Übel mit in Kauf genommen werden. Glücklicherweise ist der Ausweis für eine lange Zeitspanne gültig, so daß Wiederholungen des Markenerstehens in absehbarer Zeit nicht nötig sein werden.

** **Spart Gas durch „Bergmann-Sparbrenner".** Wie aus der heutigen Anzeige ersichtlich, findet am Mittwoch den 31. d. M., nachmittags 2 bis 6 Uhr, in Beths Gesellschaftshaus im Vereinszimmer eine nochmalige praktische Vorführung der regulierbaren „Bergmann-Sparbrenner" für Gasherde und Gaskocher statt. Bei der Vorführung am vorigen Mittwoch war, wie man uns schreibt, der Besuch recht rege und es wurden viele Bestellungen aufgegeben. Jeder Besucher gewann sofort den Eindruck, daß mit dem regulierbaren „Bergmann-Sparbrenner" sehr viel Gas gespart werden muß, weil die Brennflammen nicht seitlich wie bei jedem „Normalbrenner", sondern nach oben gerichtet sind. Diese Brenner sind aus Guß hergestellt, bestehen aus Unter- und Oberteil und lassen sich in jeden Gasherd und Gaskocher einbauen. Bei den Kochproben wurde folgendes Resultat erzielt: Der im Gasherd befindliche „Normalbrenner" gebrauchte zum Aufkochen von 1½ Liter Wasser 76 Liter Gas und 14 Minuten Zeit; dagegen verbrauchte der im selben Herd eingebaute „Bergmann-Sparbrenner" zum Aufkochen von ebenfalls 1½ Liter Wasser nur 57 Liter Gas und 11 Minuten Zeit. Da der Brenner auf 18, 12 und 6 Flammen eingestellt werden kann, so ist es leicht erklärlich, daß beim Fortkochen oder Weiterkochen noch viel mehr Gas gespart wird als beim Ankochen. Es ist daher mit dem „Bergmann-Sparbrenner" eine Gasersparnis von 30 bis 60 Prozent, je nach Beschaffenheit des Gasherdes, sehr leicht zu erzielen. Bei der morgen stattfindenden Vorführung werden um 2, 3, 4 und 5 Uhr Kochproben veranstaltet mit genauer Gasverbrauchsangabe.

Helft den Hungernden!

Gebt zur Volksspeisung!

In unserer Geschäftsstelle gingen ferner ein: Fabrikdirektor G. K. 20 Milliarden; Ungenannt 120 Millionen.

Trotz der Schwere der Zeit müssen die Gaben noch reichlicher fließen, wenn der Hunger und die Verzweiflung nicht auch in Merseburg weite Kreise besonders der Alten ergreifen soll. Wer heute noch gesättigt vom Tische aufsteht, gebe und wenn es nur ein kleiner Betrag ist. Viele Wenig machen ein Viel!

Die Mitglieder der Vereine, Kriegerhinterbliebene, Schwerkriegsbeschädigte, Kleinrentner usw. haben diesmal 20 Prozent Preisermäßigung.

** **Eine schlichte Lutherfeier am Reformationstage** soll morgen, am Mittwoch abend ½9 Uhr, in der Stadtkirche gehalten werden. In dieser Feierstunde soll Luther selbst zu uns reden. Lutherworte, von Jugendlichen gesprochen, vom Chor gesungen und durch eine kurze Ansprache vertieft, wollen uns wieder sagen, was Luther auch unserer Zeit noch ist. — Die Evangelischen Merseburgs sind herzlichst eingeladen.

November-Miete.

Vom Vorstand des Mietervereins wird uns geschrieben: Für Monat November gilt nachstehende

1. Rechnungstabelle.

Jahresfriedensmiete ℳ	Jahresgrundmiete ℳ	Monatsgrundmiete ℳ	Zu zahlender Mietszinsteil (laufende Instandsetzungskosten) ℳ
1	2	3	4
1	0,80	0,07	9 782 000
2	1,60	0,13	19 458 000
3	2,40	0,20	29 195 000
4	3,20	0,27	38 931 000
5	4,—	0,33	48 653 000
6	4,80	0,40	58 390 000
7	5,60	0,47	68 126 000
8	6,40	0,53	77 848 000
9	7,20	0,60	87 584 000
10	8,—	0,67	97 321 000
20	16,—	1,33	194 583 000
30	24,—	2,—	291 948 000
40	32,—	2,67	389 313 000
50	40,—	3,33	486 531 000
60	48,—	4,—	583 896 000
70	56,—	4,67	681 261 000
80	64,—	5,33	778 479 000
90	72,—	6,—	875 844 000
100	80,—	6,67	973 209 000
200	160,—	13,33	1 945 834 000
300	240,—	20,—	2 919 481 000
400	320,—	26,67	3 893 127 000
500	400,—	33,33	4 865 314 000
600	480,—	40.—	5 838 961 000
700	560,—	46,67	6 812 607 000
800	640,—	53,33	7 784 794 000
900	720,—	60.—	8 758 441 000
1000	800,—	66,67	9 732 087 000

(Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten beträgt 14 597 400 000 Prozent.)

2. Umlagebeträge der Betriebskosten und der Wohnungsbauabgabe.
3. Als Verwaltungskosten: 7 Prozent der Beträge zu 2., jedoch mit Ausnahme der Wohnungsbauabgabe.
4. Umlagebeträge für ausgeführte große Instandsetzungsarbeiten bis zu einem Höchstsatze vom 145 974 000 fachen der Monatsgrundmiete (entspricht, rund gerechnet, den Zahlen der Spalte 4 in vorstehender Tabelle).
5. Notwendige Instandhaltung der eigenen Wohnung.
6. Besondere Bestimmung für gewerbliche Räume: Auf die Beträge zu 1. laufende Instandsetzungskosten, zu 3. Verwaltungskosten und zu 4. große Instandsetzungskosten wird ein Zuschlag von 25 Prozent gelegt.

Nach neuerer Verordnung muß die Mietszahlung monatlich geschehen, jedoch ist dabei zu beachten, daß der Hausbesitzer aus der monatlichen Zahlung nicht auch ein monatliches Kündigungsrecht herleiten darf.

Die Rechnungen für die umzulegenden Betriebskosten sind vom Hausbesitzer dem Mieter zweckmäßig sofort vorzulegen, die Mieter wiederum händigen ihm diese Beträge wegen der Geldentwertung umgehend aus.

Ein nachahmenswertes Beispiel zur Einigung haben kürzlich ein Vermieter und Mieter unter Hinzuziehung je eines Sachverständigen vom Hausbesitzer- und Mieterverein gegeben: Zu einer laufenden Instandsetzung reichte der dafür vorgesehene Mietssatz nicht aus. Mieter leistet zunächst die ganze Zahlung der Reparatur; Hausbesitzer verzichtet so lange auf den Empfang der festen Sätze für laufende Instandsetzungskosten, bis der Mieter durch die einbehaltenen Beträge seine Auslagen voll gedeckt hat.

Würde sich stets auf beiden Seiten guter Wille zeigen, so ließe sich viel Ersprießliches schaffen. Doch kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. K.

Streiklage im Braunkohlenbergbau.

Man schreibt uns: Wie die vorliegenden Streikmeldungen aus den Braunkohlenrevieren erkennen lassen, sind noch keine grundlegenden Änderungen im Streikbild festzustellen. In den Revieren Meuselwitz, Borna, Anhalt, Bitterfeld, Magdeburg nimmt der Streik seinen Fortgang. Im hallischen Revier ist das Bild auch nicht wesentlich verändert. In Oberröblingen arbeiten sämtliche Betriebe mit geringer Einschränkung. Im Geiseltal arbeiten nach wie vor die Gruben der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Gruben Elisabeth und Cecilie haben Feierschichten eingelegt, Michel-Vesta und Pfännerhall streiken, dagegen arbeitet die Grube Leonhardt des Michelkonzerns fast voll. Im Zeitz—Weißenfelser Revier ist in geringes Abbröckeln des Streiks festzustellen. Die Gruben Hermann, Kamerad, Paul I und II, Neue Sorge und Göthewitz arbeiten eingeschränkt, ebenso die Brikettfabriken Naumburg I, II, Theißen und Zeitz. Grube Emma nebst Brikettfabrik arbeitet. Eine Reihe weiterer Gruben arbeiten eingeschränkt. Von den Gruben um Halle arbeiten die städtischen Bergwerke, ferner Alt-Zscherben und Kohlenplatz der Pfännerschaft. Auf Grube Alwine arbeiten 250 Mann. In Nietleben mußte die Schwelerei kaltgelegt werden, da die Notstandsarbeiter infolge des Terrors in zu geringer Zahl erschienen waren. Gleichfalls wird in Ammendorf gestreikt und hier nur eine geringe Förderung mit den Beamten erzielt.

*

Vom Merseburger Christianen-Waisenhaus.

Freundliche Liebesgaben für unser notleidendes Christianen-Waisenhaus sind wieder eingegangen. An der Spitze marschieren acht große Würste vom Fleischermeister Baumann. Sie haben vortrefflich gemundet. B. stiftete 85 Millionen Mark, Z. in Atzendorf 530 000 ℳ, Fr. Alicke 10 000 000 ℳ. Durch Müller in Beuna kamen 10 000 ℳ. Ein Kriegsinvalide brachte 20 Millionen. Fidele Leute bei Gustav Haring spendeten 47 500 000 ℳ, A. F. 2 Millionen. Ein Rentner gab 41 100 ℳ, Steinbrück 6 107 000 ℳ, Ungenannt 28 510 000 ℳ. Durch Schwester A. kamen 600 000 ℳ, durch Schutzpolizei 2 050 000 ℳ. Unbekannt gab 1 220 550 ℳ, Ungenannt 50 000 ℳ. Pöge spendete 2 Millionen, Liselotte 229 000 ℳ, Montagskränzchen 15 000 ℳ, Ungenannt 10 Millionen, Hoffmann 280 000 ℳ, W. in Merseburg 100 Millionen, B. in Merseburg 50 Millionen, Lisbeth W. 2 273 000 ℳ, Skattisch „Grüne Linde" 2 Millionen, Liselotte Pöge 417 450 ℳ, Beamte der Landfeuer-Sozietät 23 266 983 ℳ, Steinbrück 3 404 000 ℳ, E. H. 2 100 870 ℳ, Ungenannt 10 Millionen, Erich und Erna Petersohn 11 178 000 ℳ, W. Hennig 150 000 ℳ, Ungenannt 270 000 ℳ, Ungennannt 200 000 Mark, O. 390 000 ℳ, Riedel 2 300 000 ℳ. „Du sollst nicht stehlen", überreichte zweimal 100 Millionen Mark, Unbekannt 12 Millionen Mark, W. Hennig 3 248 000 ℳ, Fr. G. 10 Millionen. Schiedsamt Frankleben sandte 25 Millionen und 100 Millionen, Ungenannt 176 804 ℳ. „Von kleinen Mädels" erschienen 5 163 000 ℳ. Skattisch Maßbläke brachte 86 Millionen, Hermann Kluge 10 Millionen, Liselotte P. 633 429 ℳ. Aus einer Amerika-Spende kamen 50 Millionen. W. gab 70 000 ℳ, Ungennannt 12 100 000 ℳ, Paul 203 000 ℳ, Böhme 280 000 ℳ. Darunter ist vieles Kleingeld.

Therese K. gab 100 000 ℳ, der ehemalige Zögling Antonie E. 10 Millionen, Gertrud Hoffmann brachte 116 650 ℳ und hübsche Bildchen, die ein Mädchen bekommen soll, sie kam wieder mit 1 Million. Geburtstagsfeier Marta B., Moltkestraße 3, spendete 12 Millionen. Vom blinden Geiger in der „Klause" erschienen 200 Millionen. Ehemaliger Zögling G. gab 10 Millionen, Hildegard Wirth, die jüngste von 12 Geschwistern, brachte 6 488 000 ℳ. Hochzeit Martin spendete 75 700 000 Mark und dazu 748 735 ℳ. Von der 3. Mädchenklasse kamen 1 115 000 ℳ. Fr. gab 5 Millionen, Zimmermeister Weber 10 Millionen, F. in L. 40 Millionen, Leonie Pursche 1 Million. In Sühnesachen durch Schiedsmann Trommer kamen 60 Millionen. Gartenverein Merseburg Nord brachte 90 637 410 ℳ. Wette M. und E. gab 100 Millionen, P. K. 10 Millionen, Paul von der Saale 100 Millionen, Verlobung M. R. 80 Millionen, M. 10 Millionen, Schorch 56 050 ℳ, Anna Hommel 3 509 670 ℳ, Unbekannt 3 709 650 ℳ, Ungenannt 3 281 000 ℳ, Hans Wolf Sammlung im Kollegenkreise 125 Millionen. Etliche Werkmeister der Blancke-Werke sandten durch den ehemaligen Zögling Naumann 25 Millionen und sein Bruder, der ehemalige Paul Naumann, legte 50 Millionen dazu. Fehse brachte 1 475 000 ℳ, Mädlich 51 063 000 ℳ. Skatklub Grand gab 5 351 465 ℳ. Erich Meinecke und Paul Hesse sammelten 70 079 000 Mark. W. in Neu-Rössen sandte als 25. Gabe 50 Millionen. Hochzeit Klee und Bastian spendeten 150 Millionen und dazu 1 768 500 ℳ, Familie Coja 1 386 500 ℳ, Wilhelm Gutmann 100 000 ℳ, Familie Dathe Neu-Rössen 54 000 ℳ, Ungenannt 360 000 ℳ, Ungenannt 1 495 000 ℳ, Stürzebecher 15 276 500 ℳ. Von einem kranken Mädchen gesammelt 14 175 000 ℳ. Auf der Post erhalten von Ungenannt 100 Mill. Überschüsse aus Kranzspenden vom Beamtenausschuß 42 017 710 ℳ.

All die gütigen Gaben sind eingetragen unter Nr. 1205 bis 1308 der Geberliste. Dazu erhalte ich noch von Trommer 12 795 000 ℳ, von Fr. Kunth 4 Millionen, von Ungennannt 2 841 000 ℳ, von Mädlich 203 526 000 ℳ, vom „Kleinen Gerhard" 15 040 000 ℳ. Geschwister Wilhelm, Ruth und Inge brachten 3 Milliarden und Ungenannt 1 Milliarde. Soeben kommt Ungenannt mit 60 Millionen.

Den Beträgen lag zum Teil noch diverses Kleingeld bei. Außerdem sind große Posten Kleingeld eingegangen von zum Teil unbekannten Gebern, ein großes Paket trug die Aufschrift „Ungenannt und M."

Wieder ist es eine schöne Ernte. Weitere gütige Gaben werden entgegengenommen im Christianen-Waisenhaus, in der Geschäftsstelle dieser Zeitung und von mir. Jede Gabe ist willkommen. Allen lieben Gebern ein herzlichstes „Schöndankhab!" Arthur Schwickert.

*

Welcher Preis ist angemessen?

Neue Richtlinien für die Wucherbekämpfung.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Not der Zeit geben dem Präsidenten des Landespolizeiamts beim Ministerium des Innern Veranlassung, den Polizeibehörden die Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen erneut zu ernstester Pflicht zu machen. In einer umfangreichen Verfügung wird deshalb auf besonders zu beachtende Gesichtspunkte hingewiesen, aus denen folgende mitgeteilt seien:

Die seit einiger Zeit vom Reichsverband des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels notierten Preise für einige 60 Lebensmittel sind als brauchbare Unterlagen für Preisforderungen des Großhandels im Verkehr mit dem Einzelhandel anzusehen. Die notierten Großhandelspreise gelten für sofort greifbare Ware ab Lager des Großhändlers. Sie umfassen bereits die Kosten des Transportes bis zum Lager des Großhändlers sowie seine Handlungsunkosten und seinen Unternehmergewinn. Der Großhändler darf bei Abgabe der Ware den notierten Tagespreis nicht überschreiten. Die Polizeiverwaltungen haben vorzusorgen, daß ihnen diese Preisnotierungen dann schnellstens zugänglich und bekannt werden.

Der Kleinhandel ist berechtigt, die anerkannten Preisnotierungen des Großhandels als Grundlage für seine Preisfestsetzungen zu nehmen. Demgemäß wird er bei steigenden Großhandelspreisen ebenfalls seine Verkaufspreise entsprechend heraufsetzen dürfen und bei einer rückläufigen Bewegung ebenso unmittelbar seine Tagespreise herabzusetzen haben. Die Außenbeamten der Polizeiverwaltungen sind regelmäßig mit den notwendigen Unterlagen zu versehen.

Die Berliner Butternotierung hat amtlichen Charakter und bezieht sich auf den Butterpreis ab Molkerei, also den Erzeugerpreis. Auch die Berliner Kartoffelnotierung ist als amtlich anzusehen und bezieht sich auf den Erzeugerpreis ab märkischer Station. Amtlich sind auch die Kartoffelnotierungen in Königsberg, Stettin, Breslau, Magdeburg, Erfurt, Kassel, Hannover, Köln, Lüneburg und Frankfurt a. M. Um die Mißstände, die sich bei dem in der letzten Zeit vielfach üblich gewordenen Schlüsselzahlsystem herausgestellt haben, möglichst zu begrenzen, haben die Polizeiverwaltungen fortlaufend darüber zu wachen, daß Grund- und Schlüsselzahlen von den einzelnen Handeltreibenden innegehalten werden.

Nach dem Sinn und Zweck der Vorschriften über Preisschilder und Preisverzeichnisse muß jeder in der Lage sein, den genauen Verkaufspreis der einzelnen Ware in deutscher Währung abzulesen. Deshalb sind alle Methoden, die dem Käufer die Ausrechnung des Preises überlassen, unzulässig. Das Verfahren, die Waren lediglich mit Grundzahl zu versehen und den jeweiligen Multiplikator nebenher bekanntzugeben, ist ebenso zu beanstanden wie die Anbringung von Nummern an die Waren ohne Aufnahme in ein Preisverzeichnis.

*

Kurt Goetz: Menagerie.

Gastspiel des Residenztheaters Weimar.

Boshafte Wahrheiten und liebenswürdige Bosheiten in geschmackvoller Aufmachung, mit beißender Satire und treffendem Witz. Scharf pointierte Dialoge in den beiden ersten „Komödien". Im „Spatz vom Dache" ist es die Dogmenlehre der Kirche, der Buchstabenglaube, dem eine brüchige Stelle zu Gemüt geführt wird. Hier spricht der Dichter zum Publikum, der Schauspieler ist nichts. Und doch: Erwin Biegel gibt den Herrn Pastor nach dem Leben . . . „Die Taube in der Hand" zeigt uns die weibliche Psyche. Der Mann ist alles. Hilde Sommerfeld als Alice eine tadellose Leistung. — Die dritte Groteske „Der Hund im Hirn" birgt mehr Handlung, weniger Dialektik. Einbildung ist alles. Erwin Biegel, Erna Gogl und Willibald Piltz sind vorzügliche Typen. Der letztere zeichnete als Spielleiter. Ihm sei Dank für den genußreichen Abend gesagt.

Die vierte Komödie spielte das Publikum und das war weniger schön. Gm.

Wissenswerte Zahlen.

Wie das „B. T." erfährt, werden noch im Laufe dieser Woche Ein-, Zwei-, Fünf- und Zehn-Billionenscheine zur Ausgabe kommen. Es sei auch möglich, daß noch 100-Billionenscheine verausgabt werden.

Fernsprechgebühren vom 1. November an.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 1,5 Milliarden. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschl. 1,5 Milliarden, bis 15 Kilometer 3 Milliarden, bis 25 Kilometer 4 Milliarden, bis 50 Kilometer 9 Milliarden, bis 100 Kilometer 13 Milliarden, darüber für jede angefangenen 100 Kilometer mehr 4 Milliarden. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blitzgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. Auch die übrigen Gebühren sind auf Milliardenbeträge erhöht, so kostet die Auskunftsgebühr 1,5 Milliarden, und die Streichungsgebühr für Gespräche 1,5 Milliarden. (Die diesen Sätzen zugrunde liegende Schlüsselzahl beträgt 15 Milliarden.)

Wetterwarte.

V. W. am 31. 10. (Mittwoch): Starker Nebel, ohne besondere Niederschläge, nachher zeitweise heiter. Nacht kühl, Mittag ziemlich milde. — Am 1. 11. (Donnerstag): Überwiegend neblig, ziemlich milde, windig, zeitweise Regen.

Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen im Landabsatz.

Der Reichskohlenkommissar hat mit Rücksicht auf die derzeitige Lage auf dem Brikettmarkte den Landabsatz an Briketts völlig freigegeben. Kohlenbezugsscheine im Landabsatz werden daher von der Kreiskohlenstelle nicht mehr ausgestellt. Die Kohlenhändler und sonstigen Interessenten werden ersucht, ihren Bedarf an Reichshausbrandbezugsscheinen der Kreiskohlenstelle zwecks Ausgabe der Reihe IV spätestens bis zum 10. November d. Js. mitzuteilen.

Körung von Zuchtstieren.

Der dem Gutsbesitzer A. Weise in Holleben gehörige Zuchtstier, 2 Jahre alt, Jeverländer Schlag, ist angekört worden, und zwar für Klasse III. Ferner ist die Stierhaltungsgenossenschaft in Cursdorf im Besitze eines Zuchtstieres, welcher gemäß § 1 Abs. 4 der Polizeiverordnung vom 31. Januar 1912 betr. die Bullenkörung in der Provinz Sachsen vom Körzwange befreit ist.

§ **Pissen,** 30. Okt. In der Gemeinde Pissen-Rodden-Günthersdorf veranstaltete am letzten Sonntag bei übervollem Saal der seit kurzem hier amtierende Geistliche, Pastor Meißner, seinen ersten Gemeindeabend, der durchweg als wohlgelungen bezeichnet werden kann. Dem Ernst der schweren Zeit Rechnung tragend, wies der erste Teil mit seiner im Mittelpunkt stehenden Ansprache auf die ewige Bestimmung des Menschen hin. Wir Christen sollen aber auch fröhliche Menschen sein, das zeigte der zweite Teil mit seinen abwechselnden, frisch und fröhlich vorgetragenen Gedichten, Chorgesängen und Einzelvorträgen. Die recht heiter wirkenden lebenden Bilder, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, bildeten den Schluß des so schönen Abends.

ss **Ammendorf,** 29. Okt. In der Sitzung der Gemeindevertreter wurde mitgeteilt, daß neue Berechnungsformeln aufgestellt sind für die Löhne der Gemeindearbeiter (Grundlohn 500 Millionen, Index z. B. 350) und für Lieferung elektrischen Stromes seitens der Merse-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0003

burger Überlandbahnen A.-G. (für Licht 26 und für Kraft 20 Goldpfennig). Der Gaspreis beträgt für die vorige Woche 380 Millionen und für diese Woche 3½ Milliarden fürs Kubikmeter. In dem Gemeindegrundstück Hallesche Straße 174 ist am 17. Oktober eine Notküche mit 2 Kesseln eingerichtet worden unter Beihilfe der Industriellen, der Landwirte und der Beamten (außer Naturallieferungen noch 1 Billion und 210 Millionen in bar). Der Gemeindevorsteher spricht hierfür den Spendern öffentlich den Dank der Gemeindeverwaltung aus. Da Lebensmittel hier schwer zu beschaffen sind, soll versucht werden, mehrere Waggonladungen Gemüse aus Holstein und Kartoffeln aus Pommern heranzuholen, letztere im Umtausch gegen 100 Zentner vom Leunawerk bezogenen Ammoniakdünger. Die Aufstellung eines 3. Kochkessels wird bewilligt. Zur Versorgung der Erwerbslosen, Minderbemittelten und kinderreichen Familien mit billigem Brot aus 85 proz. Mehl hat der Kreisausschuß Mittel ausgeworfen. Für Familien, die besonders schwer mit Nahrungssorgen zu kämpfen haben, kann das Wohlfahrtsamt auf Antrag weitere Vergünstigungen eintreten lassen. Den Bäckereien wird zur Bezahlung des gelieferten Mehles 1 Woche Ziel gewährt bis nach Verkauf des auf Vorzugsscheine gelieferten Brotes. Der Postverwaltung wird zu einem Erweiterungsbau des der Gemeinde gehörigen Postamts auf eigene Kosten die Genehmigung erteilt unter der Bedingung, daß die Gemeinde jährlich 1/10 der Baukosten entschädigt und so nach 10 Jahren in den Alleinbesitz des Neubaues gelangt. Die Vertretung genehmigte ferner die Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr aufs 1000fache, der Verwaltungsgebühren aufs 4fache eines Fernbriefs, der Gewerbe-(Lohnsummen-)Steuer (soll am 15. jedes Monats durch Kassenboten eingeholt werden) und das Mittelschulgeldes auf den vom Kultusministerium für jeden Monat zu bestimmenden Satz (z. B. 96 Millionen Mark). Dem Kanuklub soll ein weiterer Geländestreifen am rechten Elsterufer unter dem Hopfenberge in Größe von 18 × 20 Meter zur Errichtung eines Bootshauses überlassen werden. Für Beschaffung von Kartoffeln zur Abgabe an Gemeindeglieder hat der Kreis ein unverzinsliches Darlehen von 12 Billionen Mark auf 2 Wochen in Aussicht gestellt.

§ **Schkeuditz**, 30. Okt. Von einer Familien-Grabstätte auf hiesigem Friedhof sind vor kurzem mehrere bronzene Ketten gestohlen worden. Für die Ermittelung der Diebe der wertvollen Ketten ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Querfurt**, 30. Okt. Stadtverordnetensitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Bürgermeister Heinecke bekannt, daß am Montag mit einer öffentlichen Volksspeisung durch eine Volksküche begonnen werden kann. Nach Magistratsbeschluß sollte für Oktober ein Zuschlag von 3000 Prozent auf die Realsteuern erhoben werden. Bürgermeister Heinecke führte aus, daß dieser Beschluß durch die sich überstürzende Teuerung längst überholt sei und empfahl 6000 Prozent zu erheben. Dies wurde beschlossen. Für die Zukunft wird die Richtzahl für die Erhebung der Realsteuern in Verfolg einer ministeriellen Verfügung durch einen aus je zwei Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern gebildeten Ausschuß festgesetzt. Das Ortsstatut über die Erhebung der Lustbarkeitssteuer wurde zugunsten eines Reichsgesetzes aufgehoben mit der Abänderung, daß die Kartensteuer nicht wie im Reichsgesetz gestaffelt, sondern auf allen Plätzen in gleicher Höhe erhoben wird. Nachträglich wurde der Kauf von 390 Zentnern Kartoffeln, der Zentner zu 80 Millionen, genehmigt. Stadtv. Rötzsch richtete an den Magistrat die Anfrage, ob bei ihm Beschwerden über Zurückhaltung von Brot durch die Bäckermeister eingelaufen sind. Bürgermeister Heinecke beantwortete die Frage mit Ja und teilte mit, daß auf Grund dieser Beschwerden sofort Haussuchungen bei den Bäckermeistern angestellt wurden. Im allgemeinen konnte eine Zurückhaltung von Brot zu Gewinnzwecken nicht festgestellt werden. Wo Brot gefunden wurde, gelang es dem Bäckermeister, nachzuweisen, daß dasselbe bestellt war. Verschiedene Bäckereien haben älteres Brot der Stadt zur Verteilung kostenlos zur Verfügung gestellt. Bürgermeister Heinecke fügt noch hinzu, daß es dem Bäcker nicht verdacht werden könne, wenn er sich mit der Preisgestaltung dem Mehlpreise wenigstens einigermaßen anpasse. Ein Versuch, den Brotpreis zu stabilisieren, müsse — wie in Merseburg — dazu führen, daß bald gar kein Brot mehr zu erhalten sei.

Provinz und Nachbarländer.

Wertbeständiges Notgeld.

Die Stellungnahme der Handelskammer Halle.

Die Dringlichkeit der Ausgabe wertbeständigen Notgeldes hat die Handelskammer veranlaßt, praktische Vorschläge zu machen. In einer Besprechung am Sonnabend legte der Syndikus Dr. Pfahl die geplanten Maßnahmen wie folgt dar: „Die Abwendung von der Papiermark breitet sich immer weiter aus, das Drängen nach einer wertbeständigen Währung wächst täglich mehr an und beginnt mancherorts bereits stürmische Formen anzunehmen. Dazu hat zweifellos auch die Ankündigung der Ausgabe wertbeständigen Notgeldes von verschiedenen Stellen (Handelskammer zu Leipzig, chemische Werke Wolfen und Leuna in unserem Bezirk, Berliner Industrie) beigetragen. Auch unsere Handelskammer hat daher in eingehenden Beratungen sich mit dieser Angelegenheit auf Grund der vom Reichsfinanzminister bekanntgemachten Bedingungen für wertbeständiges Notgeld (Deckung durch Goldanleihe) befaßt und ist zu folgenden Gesichtspunkten gelangt: Der Übergang zu wertbeständiger Löhnung ist nicht mehr aufzuhalten, selbst wenn noch die Schwierigkeit des Fehlens wertbeständiger Zahlungsmittel besteht. Dieser Übergang kann daher durch die Verwendung wertbeständigen Notgeldes beschleunigt und in gleicher Weise auch erleichtert werden, wenn dabei in besonnener Weise verfahren wird. In erster Linie ist zu beachten, daß das Deckungsmittel — die Goldanleihe — nur in beschränktem Maße zur Verfügung steht und das auf dieser Grundlage herausgegebene Notgeld nur zur Bezahlung eines verhältnismäßig kleinen Teiles des Wochenlohnes ausreicht. Von diesem Teil wird zunächst noch eine erhebliche Menge als Sparrücklage aus dem Verkehr verschwinden. Das auf Grund der Goldanleihe herausgegebene Notgeld kann daher nicht ein selbständiges und dauerndes Lohnzahlungsmittel bilden, sondern die Verwendung der Rentenmark vorbereiten und neben diese ergänzend treten, solange noch keine ausreichende Menge von Rentenmark für Lohnzahlungszwecke zur Verfügung steht. Der Bruchteil des wertbeständig bezahlten Lohnes muß sich von Woche zu Woche vergrößern, eine Verringerung dieses Anteils gegenüber einer vorangehenden Woche würde zu einer bedenklichen Beunruhigung führen. Die Verwendung von wertbeständigem Notgeld zu Lohnzahlungen ist daher nicht früher möglich, als bis die Gewähr geboten ist, daß durch zunehmende Ausgabe von Rentenmark die wertbeständige Löhnung in fortschreitend zunehmendem Maße erfolgen kann.

Wenn nach Erfüllung dieser Vorbedingung die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes möglich erscheint, so ist anzustreben, daß für möglichst große Bezirke ein einheitliches und allgemein anerkanntes Notgeld ausgegeben wird. Diese Eigenschaft würde in hohem Maße einem Notgeld zukommen, das für die Provinz Sachsen gemeinsam von der Landwirtschaftskammer und sämtlichen Handelskammern herausgegeben würde. Die mit der Herausgabe des wertbeständigen Notgeldes verbundenen Unkosten und Risiken müßten die das Notgeld verwendenden Arbeitgeber tragen. Die Kammern sind nicht in der Lage, Kosten und Risiken zu übernehmen, sondern können nur durch ihr Ansehen das Vertrauen in das Notgeld heben und dadurch zu seiner Verkehrsfähigkeit beitragen.

Gegen die Massendiebstähle.

† **Eilenburg.** Kaum haben wir ein über 50 Mann starkes Kommando von Schupo erhalten (es steht unter Führung eines Hauptmanns), und schon ist es in Tätigkeit getreten; seine Anwesenheit hat sich also als durchaus notwendig erwiesen. Sonntag früh lief aus Mölbitz ein telephonischer Hilferuf ein, auf den hin sich 20 Mann in ihrem Mannschaftsauto sofort an Ort und Stelle begaben. Es handelte sich um Massenfelddiebstähle, gegen die die dortigen aufsichtführenden Landwirte machtlos waren. Die Schupo brachte die Sache bald in Ordnung: die unrechtmäßig zusammengerafften Feldfrüchte wurden den einzelnen Leuten — es mögen gegen 100 gewesen sein — wieder abgenommen und von ihnen eine große Anzahl zwecks polizeilicher Anzeige aufgeschrieben.

Brotverbilligung in Anhalt.

† **Dessau.** Die Wirtschaftsabteilung bei der anhaltischen Regierung teilt mit:

Die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft in Verbindung mit der ungeheuren Geldentwertung der letzten Tage hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Bäcker nicht mehr in der Lage ist, mit dem geschwundenen Betriebskapital die zur Brotversorgung erforderlichen Mengen Mehl zu beschaffen. Um die Brotknappheit zu beseitigen, hat sich daher das anhaltische Staatsministerium entschlossen, die bei den Kommunalverbandsmühlen lagernden Mehlbestände aufzukaufen und unter gewissen Kontrollmaßnahmen an die Bevölkerung abzugeben. Obwohl der Großhandelspreis für Mehl von Tag zu Tag steigt, ist es dennoch möglich geworden, für die nächsten sechs Tage, und zwar für die Zeit vom 24. bis einschließlich 29. Oktober, einen Preis von 4 Milliarden Mark für ein 1900-Gramm-Brot aufrecht zu erhalten. Durch diese Maßnahme wird das Brot in den nächsten Tagen in Anhalt wesentlich billiger sein als in anderen Bezirken Deutschlands. Zur Vermeidung von Hamsterei dürfen Brote nur gegen Markenabschnitte, und soweit solche in kleineren Gemeinden nicht vorhanden sind, gegen Bescheinigung des Gemeindevorstehers abgegeben werden. Das Staatsministerium und die Kreiskommunalverwaltungen haben Verhandlungen mit der Reichsgetreidestelle eingeleitet, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot auch nach dem 29. Oktober sicherzustellen.

Späte Heimkehr.

† **Frankenhausen.** Nach neunjähriger Abwesenheit kehrte Robert Haake aus Steinthalleben am Kyffhäuser aus der Gefangenschaft in Sibirien heim.

Volkswirtschaftliches.

Berliner Börse vom 29. Oktober 1923.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg, Markt 31.

Hapag	260	Görlitzer Waggon	150	**Freiverkehr.**	
Hansa Dampf.	350	Gothaer Waggon	140	Chem. Zeitz	225/275
Nordd. Lloyd	257	Hackethal	48	Teichgräber	—
Ver. Elbeschiff.	209	Hirsch Kupfer	930	Becker Stahl.	325/450
Commerzbank	120	Höchster Farbwerke	450	do. Kohle	450/400
Deutsche Bank	240	Ilse Bergbau	600	Grade Motoren	60/70
Darmst. u. Nationalb.	150	Köln Rottweiler	192	Ufa	70
Dresdner Bank	125	Nordd. Wolle	600	Kali Krügershall	300
Leipz. Credit (Adca)	31	Rütgerswerke	500	Diamond shares	410
Wiener Bank	152	Rückforth Sprit	30	Dt. Wald u. Holz	22
A. E.-G.	165	Rhein-Sprengstoff	215	Berlin-Halberstädter	11/12
Agfa	380	Sarotti	44	Lindner Auto	67
Badische Anilin	610	Schwartzkopf Masch.	260	Stahlwerk Krone	83
Daimler Motoren	70	Stöhr Kammgarn	125		
Deutsche Maschinen	145	Tecklenborg Schiff.	75		
Deutsche Kabel	59	Tritonwerke	37		
Dynamit Nobel	165	Wernshausen Kamm.	150		
Elektra Dresden	16	Zwickauer Masch.	50		
Fahlberg List	140				

(Alles in Milliarden Prozenten.)

Leipziger Börse vom 29. Oktober 1923.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg, Markt 31.

Mansfeld	245,—	Glauzig Zucker	450,—	Thüring. Gas	31,—
Hartmann S. Masch	80,—	Rositz Zucker	—,—	**Freiverkehr.**	
Kirchner u. Co.	182,—	Chromo Najork	25,—	Altenburg. Glas	150,—
Sondermann u. Stier	22,—	Cröllwitz Papier	—,—	Bauchwitz Pscherer	12,—
Wotan Werke	54,—	Altenburger Landkraft	195,—	Dermatoidwerke	18,—
Falkensteiner Gard.	55,—	Hetzer Weimar	25,—	Kammg. Silberstraße	14,—
Kammgarn Gautzsch	220,—	Hupfeld	41,—	Leutke Piano	25,—
Textilose Claviez	14,—	Kunst Groß	21,—	Polack Gummi	19,—
Tränkner u. Würker	300,—	Ldkr. Leipz. (Kulkw.)	52,—	Samsonia	3,3
Leipzig Riebeck	45,—	J. C. Richter	—,—	Seag	3,1
Wurzen K. (Krietzsch)	41,—	Fritz Schulz jr.	160,—		

(Alles in Milliarden Prozenten.)

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Persil bleibt Persil
das vollendete Waschmittel höchster Güte und Ergiebigkeit

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Versteigerung!
Donnerstag, 1. Nov. d. J., ab vorm. 10 Uhr, versteigere ich im Gasthaus zur Funkenburg, hier, öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung: Möbel aller Art (Schränke, Sofas, Vertiko, Tische, Stühle, Bettstellen, m. u. o. Matr.), Füllofen, Herrenrad m. Freil., sonst Wirtschaftsgegenstände, guterhaltene Herrenanzüge und andere Kleidungsstücke, neue und gebrauchte Schuhe.
— Alb. Franke, — beeidigter Auktionator, Merseb., Lindenstr. 11.

Möbl. Zimmer
in besserem Hause gesucht. Wäsche wird gestellt. Ang. unt. 357 a. d. Exped.

Welcher Rentner oder Rentnerin gibt jungen Eheleuten vom Lande 2 Zimmer und Küche? Abgebende haben den täglichen Lebensmittelbedarf frei! Angeb. unt. 355 an die Exp. d. Bl.

Anst., sol. Herr sucht für sofort g. Schlafstelle. Bettwäsche kann gestellt werden. Ang. u. 356 a. d. Exp. d. Bl.

Kl. Puppenwag.
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 354 a. d. Exped.

Zirka 60 Zentner
Speiseäpfel
verschiedener Sorten hat abzugeben zu Tagespreis
Albert Schmidt, Gastwirtschaft Spergau

Quittungs-Bücher
für Miete, Pacht, Zinsen hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Bekanntmachung.
Der Entwurf des Haushaltsplanes des Zweckverbandes Leuna für das Rechnungsjahr 1923/24 liegt in der Zeit vom 1. bis mit 14. November 1923 in Bau M 617, Zimmer Nr. 4, zur Einsicht der Verbandsangehörigen während der Geschäftsstunden aus.
Leuna-Werke, den 29. Oktober 1923.
Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.
Cornely.

NDL
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern
Von BREMEN nach
NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA
Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschaftsräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.
Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch:
in Halle a. Saale: Lloyd-Reisebureau L. Schönlicht, Poststrasse;
in Leipzig: Nordd. Lloyd, Generalagentur Leipzig, Lloyd-Reisebureau G. m. b. H., Poststrasse 1 (am Augustusplatz).

Altmetalle Kupfer, Messing, Blei, Zink, Aluminium und Geschirrzinn
gegen Ausweis,
Alt-Eisen und Felle sowie alle anderen Rohprodukte **kauft** zu höchsten Tagespreisen
Fritz Triller, Leunaer Straße Nr. 30.

Vorstellungen im Halleschen Stadttheater

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstg.	Freitag	Sonnabd.	Sonntag
	Figaros Hochzeit	Fidelio	Traum ein Leben	Lampenschirm	Fidelio	Figaros Hochzeit

Auf Teilzahlung
Herren-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, Paletots, Ulster.
Verkauf gegen — Goldmark! — / Wochenrate von 1 Mark an.
Carl Klingler, Halle a. S.
Leipziger Str. 11, I. Etage.
Nicht im Laden

Beth's Gesellschaftshaus
Im Cafe täglich
Orig.-Harrison-Jazz-Band.

Bekanntmachung.
Unsere Geschäftsräume befinden sich von Donnerstag, den 1. November 1923 ab in unserem neuen Bankgebäude
Hallesche Straße Nr. 21.
Merseburg, den 29. Oktober 1923.
Reichsbanknebenstelle.
Angerhausen.

Kinderlaufstühlchen z. k. ges. Hoffmann, Neu-Rössen, Kaufhausstr. 14.

Plakate!
ein- und mehrfarbig, in allen Größen und jeder Auflage stellt — schnellstens her —
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg.

Pferdescheeren
wird prompt und sauber ausgeführt Venenien 13a.
Bestellungen nimmt an: Fellhandlung im Gold. Hahn, Merseburg.

Koch-Lehrling
vom Lande wird gesucht Hotel „Goldene Sonne". Merseburg.

Foxterrier zugel.
Geg. Futter- u. Insertionsk. abzuh. Meuschauer Str. 1.

Armaturen-Schlosser
zur Reparatur von Dampfstrahlpumpen und Manometern von Ammendorfer Kohlenwerk gesucht. Bewerbungen unter H. E. 14 an Ala-Haasenstein & Vogler, Halle, Postfach 72.

1 gelb. Schäferhund entlf
(a. d. Namen Greif hörend). Geg. Erstattung der Futterkosten abzugeben bei Nille, Schladebach.

Mabel u. ihre Freier!
Prächtiges Film-Singspiel in 5 Akten mit erstklassigen Opern-Sängerinnen und Sängern!
Hierzu ein gutes Beiprogramm.
Anfang 5 und 7½ Uhr.
In den **Kammer-Lichtspielen!**

Einmalige Bekanntmachung des Beamten-Wirtschaftsvereins Merseburg e. G. m. b. H.
Donnerstag, den 8. November d. J., abends 8 Uhr
außerordentliche Generalversammlung
im „Herzog Christian".
Tagesordnung: Auflösung der Genossenschaft wegen Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. (§ 68 Ziffer 2e und 3 der Satzung.)
Sollten nicht mindestens ¼ aller Mitglieder anwesend sein, so findet zur Erledigung derselben Tagesordnung am Montag, den 12. d. M., abends 8 Uhr in demselben Lokal eine 2. Generalversammlung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden endgültig entscheidet.
Etwaige Anträge sind gemäß § 61 der Satzung bis 4. November dem Unterzeichneten schriftlich einzureichen.
Merseburg, den 29. Oktober 1923.
Der Aufsichtsrat. Ziegner, Vorsitzender.

Gas! **Deutsch-Ev. Frauenbund Bekanntmachung.** Gas!
Am Mittwoch, d. 31. Oktober, nachm. 2—6 Uhr findet in Beths Gesellschaftshaus (im Vereinszimmer) eine nochmalige Vorführung der regulierbaren **Bergmann-Sparbrenner** für Gaskocher und Gasherde statt. 30—60% Ersparnis. Kochproben um 2, 3, 4 und 5 Uhr. Die Mitglieder d. Vereine haben 20% Preisermäßigung. Um einen regen Besuch der Vorführung und Bestellung der „Bergmann-Sparbrenner" wird gebeten.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0004

Bayern in der deutschen Volkswirtschaft.

Von Kurt Kittel-Ammendorf.

(Nachdruck verboten.)

Noch nie ward die Einheit des Deutschen Reiches ärger bedroht als in unsern Tagen; eine Einheit, die seit den ersten Dezennien des vorigen Jahrhunderts auf das heißeste erstrebt worden war von den politischen Vätern der Männer, die wir heute in erdrückender Mehrheit in der Bürger- als auch in der Arbeiterdemokratie kämpfen sehen. Juristen, Historiker, Nationalökonomen, also Männer, die von den Dingen des Staates etwas verstehen, „Fach"männer, um mit einer Phrase unserer Tage zu reden, sind sie von jeher in der Hauptsache gewesen, die auf das entschiedenste, trotz rücksichtsloser Unterdrückung von seiten der Reaktion, für die Einheit des Deutschen Reiches und Volkes gelitten und gestritten haben. Und heute hat man eben den zur staatlichen Macht gelangten Nachfahren jener Geister von neuem den Kampf angesagt. Die Phrase „Gegen den Marxismus" ist es, mit der man der Demokratie den Lebensodem ausblasen zu können glaubt. Man spekuliert auf die wissenschaftliche Unkenntnis der Massen und malt ein Schreckgespenst. Die Zelle dieser Propaganda heißt Bayern.

Was ist Marxismus? Marxismus ist eine sozialwissenschaftliche Theorie, um mit dem großen nationalökonomischen Denker Marx selbst zu reden, eine „angewandte Wissenschaft", deren Gedankengebäude heute im rastlosen Fortschreiten der Wissenschaft längst erschüttert ist! Die Theorie von Marx aber als solche wird dogmengeschichtlich bestehen bleiben und man wird ihr, eben weil es sich um wissenschaftliche Dinge handelt, ebensowenig den Garaus machen können wie, sagen wir, der umstürzlerischen, aller konservativen Schwerfälligkeit unbehaglichen Idee eines Kopernikus oder etwa der Relativitätstheorie eines Einstein.

Immerhin konnte man in Bayern gegenüber der ökonomischen Geschichtsauffassung lernen, ob man sie nun teilt oder nicht. Liegt ihr doch nichts Geringeres als die Behauptung zugrunde, daß alles Staatlich-politische letzten Endes durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sei, das soll unter unserer Nutzanwendung gesprochen heißen: dem Abfall vom Reiche muß ein Zerfall des bayerischen Staates folgen, weil auf den ökonomischen Grundlagen Bayerns ein selbständiges Staatsgebilde sich nicht mehr aufrecht zu erhalten vermag.

Es lohnt sich in der Tat, zu untersuchen, wie es mit den tatsächlich ökonomischen Verhältnissen in Bayern ausschaut bezw. inwieweit die bayerische mit der reichsdeutschen Wirtschaft verflochten ist. Es hat zwar einmal Zeiten gegeben, in denen Bayern seine Bevölkerung selbst ernähren konnte; aber seine Reichszugehörigkeit bewirkte von 1871 bis 1910 eine Steigerung der bayerischen Volkskraft bezw. eine Zunahme der Bevölkerung von 4,8 auf 6,8 Millionen Menschen. Mit diesem Anwachsen des bayerischen Volkes war naturgemäß eine ständige Steigerung der Bedürfnisse, die nur durch Zuschüsse aus dem Reiche befriedigt werden konnten, verbunden. Die bayerische Landwirtschaft mußte Maßnahmen ergreifen, um leistungsfähiger zu werden. Betrug die Einfuhr von Kalisalzen 1910 noch 172 000 Doppelzentner, so wurden allein 1921 5,7 Millionen und im ersten Halbjahre 1922 3,2 Millionen Doppelzenter aus den mitteldeutschen Lagern eingeführt. Aber trotz aller intensiven landwirtschaftlichen Gestaltung mußte Bayern trotzdem Zuschußgebiet bleiben. Nach einer bei der bayerischen Landesgetreidestelle geführten Verkehrsstatistik betrug die Mehreinfuhr im Wirtschaftsjahr 1922 rund 100 000 Tonnen Brotgetreide und 32 000 Tonnen Mehl. Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung. Nach Dr. Mohr (Bayern im Reich, München 1923) ist im Jahre 1920 von der bayerischen Kartoffelernte nicht einmal ein Zentner Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung gekommen. Da man im Durchschnitt für das Versorgungsjahr 3 Zentner auf den Kopf rechnen muß, war Bayern gezwungen, eine große Menge Kartoffeln aus dem Reiche einzuführen.

Die Produkte der Zuckerindustrie in Schweinfurt, Regensburg und Frankenthal reichten für die bayerische Versorgung bei weitem nicht aus. Gewaltige Zuschüsse hat auch hier das Reich (33 Prozent aller Rohzuckerfabriken sind in Mitteldeutschland zu finden!) zu leisten.

In einem Zweig der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat allerdings unstreitig Bayern die Führung: der Brauindustrie! Nach einer Zusammenstellung Dr. Dorifats (Die Industrie in der deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1922) betrug der gesamte deutsche Bierverbrauch im Jahre 1919/20 22 600 000 hl, hiervon flossen allein 9 900 000 hl in bayerische Kehlen. Bayern ist sogar in der Lage, in diesem Industriezweige als Exportland auftreten zu können. Im letzten Jahre vor dem Kriege führte es rund 486 000 hl von 726 000 hl gesamtdeutscher Ausfuhr, also mehr als die Hälfte in das Zollausland, daneben aber noch 2,2 Millionen hl in das Gebiet der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft aus.

Selbst in seiner Fettversorgung steht nach einer Erklärung des bayerischen Landwirtschaftsministers das bayerische Volk nicht unabhängig da. Bei einem Jahresbedarf von 70 000 müssen 25 000 To. Fett nach Bayern eingeführt werden.

Neben diesem ernährungswirtschaftlichen Faktor, der also für Bayern ein erhebliches Minus bedeutet, muß auf einen zweiten Faktor, die Armut Bayerns an Bodenschätzen, hingewiesen werden. Wie wir schon sahen, bezieht die Landwirtschaft ihre gesamten Kalimengen aus Mitteldeutschland.

Die bayerische Förderung von Pechkohle, die in Bezug auf Qualität und Heizkraft mit der Steinkohle des Ruhrgebietes einem Vergleich nicht standhält, hat bei einem Stande von 810 000 To. in der Vorkriegszeit nicht einmal den Bedarf der damaligen bayerischen Staatsbahn von 1,056 Millionen Tonnen decken können. Hinzu kommt der Bedarf der Industrie. Seit 1913 bis heute hat Bayern durchschnittlich jedes Jahr 5,5 Millionen Tonnen Steinkohle vom Reich beziehen müssen. Daneben muß ferner der Konsum an mitteldeutscher Braunkohle berücksichtigt werden. Der Ausbau der bayerischen Wasserkräfte wird Bayern von der Zwangslage dauernden Kohlenbezugs aus außenbayerischen Gebieten nicht befreien; drei Fünftel des Kohlenbedarfes werden auch nach dem vollendeten Ausbau weiterhin eingeführt werden müssen.

Dazu kommt noch Bayerns Mangel an Eisenerzen. Bayern förderte an Eisenerzen im Jahre 1920 450 926 Tonnen, verhüttet wurden 486 225 Tonnen. Also auch auf diesem Gebiete kann die Erzeugung den Bedarf nicht decken.

Wenn man nach Berücksichtigung der hier angezogenen Tatsachen weiter bedenkt, daß die eigentlichen bayerischen verarbeitenden Industrien, abgesehen von München und Augsburg, in dem weniger separatistisch orientierten Nordbayern und der Pfalz zu finden sind, daß auf dem Gebiete des Geldwesens Bayern vollkommen von außenbayerischen Institutionen, wie den Börsen von Frankfurt und Berlin, der Reichsbank und anderen Banken abhängig ist, daß weiterhin Kartelle und Syndikate des Unternehmertums auf der einen die Gewerkschaften der Arbeitnehmerschaft auf der anderen Seite eine unauflösbare Verflechtung mit den Faktoren der gesamten deutschen Volkswirtschaft bewirkt haben, so muß man sich doch fragen, was denn eigentlich die separatistischen Elemente Bayerns mit einer Lostrennung vom Reiche bezwecken wollen. Der leidtragende Teil wird auf jeden Fall das bayerische Volk in seiner Gesamtheit sein! So hat denn auch erfreulicherweise in richtiger Erkenntnis der Sachlage die Bayerische Handelskammer auf einer Delegiertenkonferenz am 23. Oktober 1923 kundgegeben, daß außerordentliche wirtschaftliche Gefahren und schrecklichster wirtschaftlicher Rückschritt dem bayerischen Volke im Falle einer Loslösung vom deutschen Wirtschaftskörper drohen werden.

Noch hat man in Bayern die gefährliche Operation nicht gewagt, noch liegt es in der Hand der Führerschaft des deutschen Volkes, das drohende Gespenst beizeiten zu bannen!

Aus einer kleinen Saalestadt

erzählt der Heimatroman, der demnächst im Unterhaltungsblatt des „M. K." erscheint. Bilder aus der „Friedenszeit" werden lebendig, als noch die Husaren durchs Städtchen ritten und das Leben der „oberen" und „unteren" Zehntausend ruhig hinfloß, noch unberührt von der Hast unserer Zeit. Mit Satire und Humor durchleuchtet der Verfasser, ein Merseburger Kind, das städtische Leben.

Wie Wilh. v. Kügelgen's „Jugenderinnerungen" entstanden.

Die soeben bei K. F. Koehler in Leipzig erschienenen „Lebenserinnerungen des Alten Mannes", in denen Wilhelm v. Kügelgen die zweite Hälfte seines Lebens erzählt, gewähren einen interessanten Einblick in die Entstehung seiner berühmten „Jugenderinnerungen eines alten Mannes". Wir erfahren hier, daß dieses stilistisch wie inhaltlich so meisterhafte Werk, das Kügelgens Ruf als sonderbegabter Schriftsteller begründet und den Verfasser zu einer Lieblingsgestalt des deutschen Volkes gemacht hat, keineswegs so glatt wie es sich liest aus seiner Feder geflossen, sondern in jahrelanger, sorgfältiger Arbeit geschaffen worden ist.

Den Plan, seine Erinnerungen aufzuzeichnen, hat Kügelgen in der Einsamkeit und Stille des Schlosses Hoym gefaßt, wohin er mit seinem gemütskranken Herzog als dessen Kammerherr im Jahre 1855 aus der Residenz Ballenstedt übergesiedelt war. Von hier schreibt er am 1. April 1856 an seinen Bruder in Estland: „Ich plage mich jetzt seit etwa einem Jahre mit der Aufzeichnung meiner Lebensgeschichte herum. In meiner Erinnerung schwimmt alles noch chaotisch durcheinander und muß vorerst gesondert und geordnet werden, wobei mir mein geistiges Tastvermögen hilft. Bei meinen unbedeutenden Erinnerungen kommt alles auf die Darstellung an. Nicht das Was, sondern das Wie ist hier die Hauptsache. Ganz nichtige Begebenheiten können durch die Art der Relation interessant werden. Meine Aufgabe ist, aus Nichts etwas zu machen, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten. Es geht langsam, und im besten Falle schreibe ich in vierzehn Tagen einen Bogen." Und am 25. Juni 1856 berichtet er: „Jetzt stecke ich in der Hummelshayner Periode. Davon sind mir allerlei zerstreute Eindrücke von Personen, Sachen und kleinen nichtswürdigen Begebenheiten geblieben, die unter sich in gar keinem Zusammenhange stehen. Diesen Zusammenhang muß ich erfinden, muß von einem Dinge aufs andere überleiten, und das ist unendlich schwer. Dann gibt es immer wieder einzuschalten, wegzustreichen, und ein Bogen muß oft zehnmal umgearbeitet werden, bis ich ihn nach einer wohl durchschlafenen Nacht ohne Ekel lesen kann. Genügt es endlich, so ist es doch nur eine elende Kindergeschichte, und oft frage ich mich, ob diese der vielen Tinte wert sei. Übrigens bin ich noch ungewiß, wo ich aufhören soll, ob bei der Verheiratung oder mit der ersten estländischen Reise oder mit des Vaters Tode. Für jede dieser Möglichkeiten habe ich Gründe und ebenso gegen jede." —

Erst 8 Jahre später, im Januar 1864, kann Kügelgen dem Bruder berichten: „Ich habe jetzt Aussicht, endlich mit der überaus schwierigen Arbeit zustande zu kommen, mit welcher ich mich seit Jahren herumbalge, das ist die Beschreibung meiner eigenen Jugendgeschichte bis zu des Vaters Tode. Als ich anfing, dachte ich, in höchstens einem Jahre damit fertig zu werden, und nun sind fast zehn Jahre darüber ins Land gegangen, und ich bin es noch nicht, obgleich ich selten daran feierte. Das Anordnen, Verbinden und Zusammenstellen der Begebnheiten ist schon schwer genug, dann die Ausarbeitung und Färbund und die Ausmerzung des Faden und Langweiligen, und endlich habe ich bei jeder neuen Redaktion das Ganze immer wieder umschmeißen und von neuem machen müssen. Oft sollte es in den Ofen, dann aber dachte ich: „Nein, erst fertig machen, zum Verbrennen findet sich schon Zeit. Vergangenen Frühling dachte ich endlich, ich wäre fertig und ging ans Mundieren. Da aber zeigte sich die Abgeschmacktheit erst recht deutlich, und fast jede Seite mußte neu gefaßt werden. Leider bellten mich die Fehler aber immer erst beim Abschreiben an, und so kam es, daß ich manchen Bogen viermal, im Durchschnitt jeden zweimal abgeschrieben habe, und das Schreiben war am Ende das wenigste dabei."

Im folgenden Jahre lag dann das Manuskript fertig vor, aber seine Veröffentlichung hat der „Alte Mann" selbst nicht erlebt. Erst 3 Jahre nach seinem Tode (1867) ist es im Jahre 1870 bei Wilhelm Hertz in Berlin erschienen. Zu danken ist dies Philipp v. Nathusius, dem bekannten Philanthropen und Politiker, dessen Freundeshand die erste Ausgabe besorgte. Jetzt sind die „Jugenderinnerungen" in sieben verschiedenen Ausgaben in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und zu einem Lieblingsbuche des deutschen Volkes geworden.

Die blonde Hindu.

Roman von Friede Birkner.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich erwarte jeden Tag Nachricht von ihm. Wir hatten in letzter Zeit geschäftlich viel mit ihm zu schreiben, auch in Angelegenheiten des Herrn Markus."

„Hat sich in der geheimnisvollen Geldsache noch nichts aufgeklärt?"

„Nein, nichts. Herr Markus hat damals die Anweisung glatt ausgezahlt bekommen, und nun ist auch wieder sein Geschäft sehr schön in Gang gekommen. Der Unbekannte war tatsächlich sein Retter."

„Wie geht es deiner Raja?"

„Bob, du sollst nicht immer so respektlos von der Nichte des Herrn Markus sprechen! Wir sind nicht in Indien, und Raja ist nicht eine einfache Hindu."

„Danke, Herr Oberlehrer! Aber sag mal," fragte Bob mit dem gleichgültig-unschuldigsten Gesicht von der Welt, „warum heiratest du denn deine Raja nicht?"

Ernst sah Lutz ihn an

„Was soll das?"

„Lutz, wäre es denn nicht das Vernünftigste?"

„Vielleicht — aber ich kann nicht! Ich kann es nicht! Ich hab sie lieb, so lieb wie noch nie ein Mädchen, aber immer muß ich daran denken, daß Mischblut in ihren Adern fließt. Wie könnte ich es vergessen, daß ihr Vater ein Hindu war."

Herzlich trat Bob auf ihn zu und legte ihm die Hand auf die Schultern.

„Armer Kerl, da plagst du dich — und sie mit solchem uralten eingefleischten Rassedünkel! Wirf ihn über Bord! Sieh, wenn Raja mich und ich sie liebte, vom Fleck weg würde ich das Mädel heiraten."

„Du hast recht mit allem, was du sagst, und doch — ich kann nicht! Glaube mir, ich habe mich gründlich geprüft, aber immer war der Schlußgedanke: es geht nicht!"

„Lieber Gott, wenn ihr Deutschen bloß das Übergewicht an Empfindungen über Bord werfen wolltet, das euch doch nur unnötig beschwert! Sie ist doch ein lieber, guter Mensch, die kleine Raja!"

„Du hast leicht reden, du plagst dich nicht mit unnötigen Gewissensqualen. Ich muß aber mein Leben leben, wie es mir bestimmt ist. Doch lassen wir dieses Thema; es ist unerfreulich. Helfen kannst du mir mit all' deinem guten Wollen nicht. — Kommst du nachher ins Bureau zu mir?"

„Sicher! Auf Wiedersehen bis dahin! So, nun los, Sib und Sab! Zeigt, was ihr könnt! Fest! Los. Keine Gnade!" Und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, boxte er auf sie los.

Lutz fand in seinem Bureau ein Telegramm von Feri vor.

„Ankomme am 14. Mai von Köln. Feri!"

Lutz ging sofort zum Telephon und gab Bob Bescheid von Feris Telegramm und verabredete mit ihm, sich auf dem Bahnhof zu treffen.

Er fand denn auch Bob, seiner schon wartend, am Bahnhof. Der leuchtend rote Mercedeswagen hatte es ihm schon verraten.

Bob stand auf dem Bahnsteig, auf dem der Kölner Zug einlief; hinter ihm Sib und Sab, die eine Teppichrolle unter dem Arm hielten.

„Mein Gott, was willst du denn mit dem Teppich!"

„O, soll eine kleine Freude für den lieben Feri werden. Er hat uns damals in Singapur an der Nase herumgeführt — das wird ihm heute heimgezahlt. Ich bitte dich, nachher immer dasselbe zu tun wie ich."

Lutz schüttelte lächelnd den Kopf.

„Du hast doch nichts wie Schnurren im Kopf!"

„Es muß auch solche Leute geben, sonst stecht ihr Vortrefflichkeitsmenschen ja nicht ab! — Hallo, da kommt der Zug! Und — siehe da — da winkt auch schon der liebe Feri! Achtung, Sib und Sab! Dort, der Wagen ist es!"

Sib und Sab in ihren herrlichen Livreen stürzten zu dem Wagen, aus dem Feri gewinkt hatte, und rollten einen roten Läufer auf, den Lutz mit gemischten Gefühlen als ihm gehörig erkannte.

Das Publikum, das diese Vorbereitungen sah, blieb nun natürlich schaulustig stehen.

Bob stellte sich, den Hut in der Hand, auf die eine Seite der Wagentür und dirigierte Lutz auf die andere. Sib und Sab neigten sich mit gekreuzten Armen tief zur Erde.

Nun stieg Feri aus, sah den Teppich, sah die Nigger — und stutzte. Dann breitete er seine Arme aus und wollte Bob herzlich umarmen. Doch er griff in die Luft, denn tief neigte sich Bob vor ihm und murmelte untertänig:

„Majestät sind zu gütig!"

Feri wandte sich an Lutz. Dasselbe Theater! Und verblüfft sah er Sib und Sab nach, die in den Wagen stürzten und sich seines Handgepäcks bemächtigten. Eine leichte Röte stieg ihm ins Gesicht, denn er sah die schaulustige Menge.

„Bob, Lutz, seid ihr verrückt geworden?"

„Wie Majestät befehlen, Majestät sind zu gütig," sagte Bob mit undurchdringlichem Gesicht.

Lutz nahm nun Feri den Reisemantel ab.

„Gestatten Majestät?"

„Auch du, Brutus?" stöhnte Feri schmerzlich.

„Ew. Majestät zu dienen, Lutz Bretorius ist mein Name."

„Himmeldonner . . .!"

„Ich glaube nicht, Majestät, der Himmel ist ganz klar!"

„War Euer Majestät Himmel zu Madrid nicht heiter?" Das Wort „Madrid" hatte der liebe Bob ziemlich laut gesagt, und prompt erfolgte danach ein Gemurmel im Publikum.

„Madrid? Ob er am Ende? Nein, Alfons hat doch eine andere Nase! Wer mag es nur sein? Oder ob es Manuel von Portugal ist?"

Feris Kopf wurde immer röter. Halblaut sagte er

„Jungen, wenn ihr den Blödsinn jetzt nicht laßt, reise ich wieder ab!"

„O, geben Sie Gedankenfreiheit, Sire!" murmelte Lutz ergeben.

„Liebe Freunde!" Nichts weiter sagte Feri und er gab sich in sein Schicksal und ging mit dem Anstand und der Grandezza einer spanischen Majestät dem Ausgang zu.

Bob und Lutz folgten ihm devot nach dem Ausgang, an dem Sib und Sab schon Posten gefaßt hatten.

Beim Einsteigen sah Lutz, daß Alois Markus neben ihm stand, und begrüßte ihn schnell. Alois lachte:

„Man merkt, die drei kleinen Könige sind wieder einmal beisammen!"

Lutz nickte lustig, konnte nur noch schnell um eine Empfehlung zu Haus bitten — und schon hatte Bob die Maschine angestellt.

Und nun endlich tobte sich Feri aus.

„Ihr Gauner! Wer hat den Plan ausgeheckt? Nennt man das einen Freund in Liebe und Freundschaft empfangen?"

Bob, der sich nicht umdrehen konnte, da er auf die Straße achten mußte, brüllte ungeniert:

„Hallo, mein Boy, und in Singapur? War das Freundschaft?"

Herzlich lachten sie alle drei über den wohlgelungenen Scherz.

In Lutz' Villa angekommen, begrüßten sich die drei erst einmal regelrecht.

„Prachtvoll seht ihr aus!"

„Na, der schöne Feri hat auch nicht an Schönheit eingebüßt!"

„Wie sollte er auch!" gab Feri stolz zurück und sah nun Lutz prüfend an. „Du siehst ein wenig traurig aus, alter Lutz!"

Wie ein Gassenjunge sprang Bob von einem Bein aufs andere.

„Du Feri, den Mann hat's!"

„Wieso?"

„Deine Raja!"

„Meine Raja? Ich verstehe dich nicht!"

„Junge, Feri, deine in Indien angebetete Raja!"

„Ach so, jetzt weiß ich, wen du meinst. Aber das ist doch längst erledigt!"

„Für dich, gottlob! Aber unser armer Lutz schmachtet jetzt in ihrem Banne."

„Bob, ich muß dich ernstlich bitten . . . .!"

„Jawohl! — von der Nichte des Herrn Markus mit mehr Respekt zu sprechen!"

„Was ist denn eigentlich los, zum Donnerwetter . . .?"

„Nanu, der kleine Feri hat sich das Fluchen angewöhnt? Ich muß dir sagen, lieber Freund, daß mir dies ganz und gar nicht gefällt," sagte Bob sanft verweisend.

„Hör nicht mehr auf ihn, Feri! Ich will es dir kurz sagen. Die Raja, bei der wir damals bei Dordschilling die eine Nacht zu Gaste waren, ist hier in Bremen. Sie ist das Kind der Schwester des Herrn Markus. Das ist alles."

„Hoho! Noch lange nicht! Und eben diese Raja liebt unser Lutz nun heiß und innig, aber unglücklich!" fügte Bob pathetisch hinzu.

„Armer Lutz! Ich kann es verstehen, daß man dieses Mädchen liebt. Mich hatte es ja auch, wie Freund Bob so schön sagt!"

Und nun hoffe ich, ist dies Thema zur Genüge erörtert und wir gehen zu einem andern über," sagte Lutz leicht verstimmt.

„Ein eben so nettes Thema dünkt mich, daß du uns einmal deine Pläne bezüglich unserer Deutschlandreise vorlegst."

„Gut. Also setzt euch mal dorthin! — So, hier habt ihr eine schöne große Landkarte von Deutschland vor euch, und nun folgt meinem Finger. Ich zeige euch die Reiseroute."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0005

Nun sind, mehr als 50 Jahre nach der ersten Veröffentlichung der „Jugenderinnerungen“, als Fortsetzung der Kügelgenschen Selbstbiographie die „Lebenserinnerungen“ erschienen. In ihnen werden die Freunde des alten Buches alles das wiederfinden, was ihnen dieses liebgemacht hat. Darüber hinaus bringt das neue Buch aber noch das überraschend neue, daß Wilhelm v. Kügelgen nicht nur der liebenswürdige Schriftsteller und der prächtige Mensch gewesen ist, als den wir ihn bisher kannten und liebten, sondern auch ein bedeutender Kopf, ein überragender Geist. Das neue Buch ist dem alten nicht nur ebenbürtig, sondern es stellt Kügelgens Persönlichkeit noch viel lebendiger vor Augen und wird diese den Herzen noch näher bringen, als sie ihnen schon stand.

Provinz und Nachbarländer.

Stillegung der Wolfener Werke.

Infolge des Streikes der Braunkohlenbergarbeiter im Bitterfelder Revier sind die Werke der Wolfener Aktiengesellschaft für Anilin-Fabrikation seit Montag nicht mehr mit Kohlen beliefert worden. Da bei der Natur der Braunkohle größere Vorräte dieses Brennmaterials nicht vorhanden sein können, machte sich schon von diesem Tage an eine fast vollständige Einstellung der Produktion in allen Betrieben notwendig, wenn auch bis Donnerstag abend noch die Arbeiterschaft mit Reinigungs- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt wurde. Nachdem nun jetzt die Kohlen so weit zu Ende gegangen sind, daß nur noch die dringlichsten Notstandsarbeiten, um nach Belieferung von Kohlen sofort wieder voll arbeiten zu können, ausgeführt werden können, und anderseits die in Frage kommenden Braunkohlenbergarbeiter auch nur so viel Kohlen für die Agfa zu fördern sich bereit erklärt haben, als gerade für diese dringendsten Arbeiten notwendig sind, sahen sich die Werke gezwungen, ihrer Arbeiterschaft bekanntzugeben, daß sie von Freitag früh zunächst ihre Werke stillegen müssen und daher die Arbeiterschaft nicht mehr beschäftigen und auch von diesem Zeitpunkt an nicht mehr entlohnen können, ohne daß das Arbeitsverhältnis gelöst ist. Die Wiederaufnahme der Arbeit kann erst erfolgen, wenn die Lieferung der genügenden Kohlenmenge nach Wiederaufnahme der Arbeit im Braunkohlenbergbau sichergestellt ist.

*

Eine Bestattungssteuer.

† **Gera.** Aus Anlaß der hohen Kosten, die heute eine Leichenbestattung verursacht, hat der Stadtrat ein neues Ortsgesetz geschaffen, demzufolge jeder Steuerpflichtige nach seinem Einkommen einen bestimmten Satz zum Bestattungswesen zu entrichten hat. Die allgemeinen Bestattungskosten sollen durch die Stadt gedeckt werden.

Dollarspende.

† **Eisenach.** An den Oberbürgermeister Dr. Janson ging ein Scheck über 100 Dollar von einem ihm befreundeten Amerikaner aus Philadelphia ein. Der Betrag im Werte von 6½ Billionen Mark ist sofort zu Einkäufen von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln verwendet worden und kommt den Bedürftigen durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes zugute.

Zugunfall.

† **Vacha.** Bei dem Überweg an der Kolonie Dorndorf entgleiste dieser Tage die Maschine eines von Salzungen kommenden Güterzuges. Die Maschine legte sich um und grub sich in die Böschung ein. In der Mitte des Zuges schoben sich 6 bis 8 Wagen ineinander; 2 weitere Wagen sind die Böschung hinabgestürzt. Verletzt wurde niemand. Der Unfall ist durch Verschlammung der Abflußgräben und der Gleise herbeigeführt worden. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Kleine Rundschau.

300 Milliarden Mark Belohnung bietet der Gutsbesitzer Löffler in Burgörner dem, dessen Angaben zur Ermittelung der Unholde führen, die nachts eine auf dem Felde stehende Drillmaschine völlig zerschlugen. — Infolge Umkippens des täglich von Rodleben nach Roßlau durchfahrenden Milchwagens ging die ganze Milch zum Teufel und Rodleben blieb ohne Milch. — Vergiftet hat sich in Köthen eine 20jährige Krankenpflegeschülerin. — Erhängt hat sich an einem eisernen Grabkreuz der hochbetagte David Leßmann, Pförtner auf der Zuckerfabrik in Hecklingen.

Vermischte Nachrichten.

* **Wildwest im Gerichtssaal.** In Montreal in Kanada sollte gegen einen gewissen Betrüger mit Namen Leo Roger verhandelt werden. Als der Gerichtshof im Saale erschien, sprang der Angeklagte, wie die Neuyorker Blätter berichten, von der Anklagebank auf, zog einen Revolver aus der Tasche und befahl den Richtern, dem Staatsanwalt, dem Gerichtsdiener und dem im Saale anwesenden Publikum, die Hände hoch zu halten. Ein Befehl, der auch sofort und ohne Ausnahme befolgt wurde. Dann eilte der Verbrecher die Treppe des Gerichtsgebäudes hinunter. Auf der Straße hielt gerade ein Privatauto. Roger riß den Schlag auf und nötigte die Insassen mit vorgehaltenem Revolver, ihr Fahrzeug zu verlassen. Er setzte sich dann selbst in den Wagen und befahl dem Chauffeur, ebenfalls mit vorgehaltenem Revolver, in schnellstem Tempo aus der Stadt herauszufahren. Am Rande eines Waldes ließ er halten. Mit einem grimmigen Hohnlachen warf Roger seinen Revolver in den Wagen zurück und verschwand im Walde. Als der Chauffeur sich von seinem Schrecken erholt hatte, besah er sich die Waffe und mußte feststellen, daß er auf einen genialen Bluff hereingefallen war. Roger hatte nämlich die Muße seiner Untersuchungshaft dazu benutzt, sich mit großer Geschicklichkeit aus Pappe einen Revolver nachzubilden, der ihn dann aber auf den tollkühnen Gedanken brachte, mit seiner Hilfe einen Fluchtversuch zu unternehmen, der denn auch glänzend glückte.

* **Auch die Buchfinken machen in „Ersatz“.** Der Materialmangel der Kriegszeit und die Not der Nachkriegszeit haben uns Menschen erfinderisch gemacht in der Herstellung von Ersatzstoffen für so manche Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Neuerdings scheint es jedoch, als ob uns die Tiere auf diesem Gebiete Konkurrenz machen wollten. Jüngst brachte in Hamm ein Schüler seinem Lehrer ein Buchfinkennest aus Ersatzstoff. Der Buchfink baut bekanntlich sein Nest äußerst kunstvoll aus der graugrünen Baumflechte. Offensichtlich in Ermangelung dieses altbewährten Baustoffes hat nun der Vogel statt Baumflechte ein Stück einer alten Tüllgardine zu seinem Nestbau benutzt. Es war so kunstvoll verschlungen und in die Astgabelung eines Baumes so geschickt eingebaut, daß es von einem Nest aus Baumflechte kaum zu unterscheiden war.

* **Ein französischer Flegel auf der Eisenbahn.** In Bonn bestieg, so lesen wir in der holländischen Zeitung „Allgemeen Handelsblad“, ein französischer Offizier ein Eisenbahnabteil, in dem außer einem in Deutschland wohnenden Holländer noch ein Herr saß und eine Zeitung las. Der französische Offizier, wahrscheinlich erzürnt, daß er von dem in der Ecke sitzenden zeitunglesenden Herrn nicht gegrüßt wurde, schlug diesem die Zeitung aus der Hand. Der so behandelte Reisende ließ die Zeitung liegen und nahm aus seinem Überzieher eine andere Zeitung, welche er in aller Gemütsruhe weiter las. Nach einiger Zeit schlug der französische Offizier zum zweiten Male dem Herrn die Zeitung aus der Hand. Dieser hob jedoch die Zeitung ruhig auf und setzte, als ob nichts geschehen war, die Lektüre fort, anscheinend äußerlich vollkommen unberührt durch die Flegeleien dieses französischen Offiziers. Als der Zug in den Bahnhof Köln einlief, stand der vermeintliche Deutsche auf und fragte den französischen Offizier höflich: „Please, your passport, Sir?“ Unberührt dadurch, daß der Franzmann sich in allerlei Entschuldigungen erging, verlangte der Reisende, der sich als einer der höchsten englischen in Köln stationierten Beamten legitimierte, die Aushändigung des Paßbildes des Franzosen und ließ den Flegel auf dem Bahnhof in Köln verhaftet abführen.

* **Die „Einbrecher“.** In Delmenhorst trommelte ein Dienstmädchen die Herrschaft früh aus dem Bette mit dem Rufe: „Bei uns sind Einbrecher gewesen!“ Klosettfenster, Klosettbecken und noch verschiedenes „am stillen Ort“ boten ein Bild der Verwüstung. Die Polizei aber stellte bald den Tatbestand fest. Das Dienstmädchen, das den Einbruch entdeckt hatte, war am Abend vorher in Ermangelung eines Hausschlüssels durchs Klosettfenster gestiegen, machte Scherben und belastete die Gilde der Einbrecher mit der Sache. Nachspiel: Abschied zwischen Mädchen und Herrschaft. Anzeige: Mädchen gesucht! Geldbörsenminus: 55 Milliarden Schaden.

* **Gobelindiebstahl im Versailler Schloß.** Ein kecker Diebstahl, der an die Taten des französischen Nationalspitzbuben Arsene Lupin erinnert, ist dem „Berl. Tagebl.“ zufolge im Schloß von Versailles ausgeführt worden. Im Salon de Mercure, der im ersten Stock gelegen ist, sind zwei kostbare Gobeline im Werte von drei Millionen Franken gestohlen worden. Die Gobeline stammen aus dem Staatsschatz Ludwigs XIV. und stellen die Belagerung von Donai und den Einzug Ludwigs XIV. in Dünkirchen dar. Die Diebe, wahrscheinlich vier an der Zahl, sind am Blitzableiter in die Höhe geklettert, haben mit einem Glaserdiamanten die Fensterscheibe durchgeschnitten und dann durch die entstandene Öffnung die Fensterflügel von innen aufgeriegelt. Dann haben sie die Gobeline in aller Ruhe von den Wänden abgenommen und in den Park hinuntergleiten lassen. Sie sollen in einem Automobil auf der Straße nach Paris entkommen sein. Die Gobeline sind fünf Meter hoch und sieben Meter lang. Sie wiegen zusammen siebzig Kilogramm. Während des Krieges waren sie in Toulouse aufbewahrt.

Turnen — Spiel — Sport.

Waldlauf des Saalegaues.

Bei warmem Sonnenschein fand in der Heide der diesjährige Waldlauf statt. Die zahlreich erschienenen Zuschauer hatten es nicht zu bereuen, den Morgenspaziergang gemacht zu haben, denn außer recht spannenden Endkämpfen hatten sie Gelegenheit, die herrliche Herbstlandschaft bewundern zu können. Das Endergebnis stellt einen

schönen Erfolg unserer 99 er

dar, die zwei erste, zwei zweite und zwei dritte Plätze belegen konnten.

Die Ergebnisse sind folgende: Gruppe A: 1. Apitzsch (99) 22:35,8, 2. Bauer (Halle 96), 3. Buchholz (99). — Gruppe B: 1. Kresse (Preußen-Komet Halle) 23:48,2, 2. Rost (99), 3. Pötsch (Freia-Battendorf). — Mannschaftspreis: 1. Polizei-SV. Halle mit 32 P., 2. Borussia Halle 43 P. — Gruppe C: 1. Wawerla (Halle 96) 20:19, 2. Schramm (Borussia Halle), 3. Kröner (98 Halle). — Gruppe D: 1. Haferburg (99) 5:50, 2. Wilke (KTV. Halle), 3. Störz (Halle 96). — Gruppe E: 1. Otto (98 Halle) 3:58, 2. Häßler (96), 3. Schulz (99). — Mannschaftspreis: 1. Halle 96 22 P., 2. Sportverein 99 P. — Gruppe F: Frl. M. Pfeil (Wacker) 5:50, 2. Frl. Zimmermann (KTV.), 3. Frl. Rehn (Borussia Halle). — Mannschaftspreis: Wacker Halle 16 P.

Germania I gegen Vorwärts I Kötzschen 3 : 1 (2 : 0).

Das am Sonntag auf dem Kasernenhof ausgetragene Gesellschaftsspiel beider Vereine sah die Germanen mit 3 : 1 als Sieger. Schon in der ersten Viertelstunde fielen zwei Tore für Germania, doch dann war es mit der Schießkunst zu Ende. In der zweiten Halbzeit kam Kötzschen etwas mehr auf, in dieser Zeit fiel auch das verdiente Ehrentor, doch der Rest der Spielzeit gehörte den Germanen. Erst in der Schlußminute kam Germania zum dritten Treffer. — Die II. Mannschaft schlug Kötzschen II nach völlig überlegenem Spiel mit 5 : 0 (1 : 0).

Volkswirtschaftliches.

Der Trillion entgegen.

Starke Zunahme der Banknoten-Ausgabe.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 15. Oktober zeigt, hat bei der mit Riesensprüngen sich fortsetzenden Markentwertung die Inanspruchnahme der Bank während der zweiten Oktoberwoche sich von neuem in starkem Ausmaße erhöht. Die gesamte Kapitalanlage wuchs von 77 940,3 auf 203 762 Billionen Mark, und zwar stiegen die Bestände an Reichsschatzanweisungen um 97 548,1 auf 167 779,6, an Wechseln um 22 939,7 auf 29 541,6, an Lombardforderungen um 5324,4 auf 5616,8 Billionen Mark. Die besonders hohen Zugänge zum Lombardkonto hingen mit einer neuen Erschöpfung des Kontingents der Reichsdarlehnskassen zusammen, die dazu nötigte, in den letzten Tagen der Berichtswoche Darlehnsansprüche von den Darlehnskassen vorübergehend an die Reichsbank zu verweisen.

Da die ungeheure Steigerung des gesamten Preis- und Lohnniveaus die Versorgung des Zahlungsverkehrs mit genügenden Banknotenmengen wieder äußerst schwierig gestaltete, verblieb der Bank ein wachsender Teil der neu beanspruchten Kreditbeträge auf den Konten der fremden Gelder, die um 57 199,1 auf 84 342,5 Billionen Mark zunahmen. Die Banknotenausgabe erhöhte sich um 76 416,8 auf 123 349,8 Billionen Mark. Trotz der erwähnten Verweisung großer Darlehnsanträge an die Reichsbank, erfuhr der Darlehnsbestand der Reichsdarlehnskassen in der Berichtswoche eine Vermehrung von 875,5 auf 5 663 Billionen Mark. Dementsprechend flossen der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen 4787,6 Billionen Mark neu zu, so daß sich ihre Bestände an solchen Scheinen auf 5663 Billionen Mark stellten.

*

Deutsche Wirtschaftszahlen. — 30. Oktober.

Dollar (amtlicher Mittelkurs) 65 000 000 000.
Eine Silbermark: 7 Milliarden.
Reichsbankdiskont: 90 Prozent.
Großhandelsindex vom 23. Oktober: 14 600 000 000.
Reichsindex vom 22. Oktober: 3045 Millionen (Steigerung 340 Prozent).
Eisenbahnindex (Personentarif): 6 Milliarden.
Eisenbahnindex (Gütertarif): 12 Milliarden.
Schlüsselzahl des Buchdruckervereins: 800 000 000.
Schlüsselzahl des Buchhandels: 16 Milliarden.
Anzeigenschlüssel: 18 Millionen.
Goldumrechnungssatz der Reichssteuern: 15 Milliarden.

Wert der Goldmark in Papiermark.

In der folgenden Tabelle sind die Papiermarkwerte von 1—10 Goldberechnungsmark angegeben bei einem

Dollar-Geldkurs von 64 838 000 000

(1 Dollar = 4,2 Goldmark.)

1=15 437 619	3=46 312 857	5=77 188 095	7=108 063 333	9=138 938 571
2=30 875 238	4=61 750 478	6=92 825 714	8=123 500 952	10=154 376 190

Dollar-Briefkurs von 65 162 000 000

1=15 514 761	3=46 544 283	5=77 573 805	7=108 603 327	9=139 632 849
2=31 029 252	4=62 059 044	6=93 088 566	8=124 118 088	10=155 147 610

Devisen wenig verändert. — Dollar 65 Milliarden.

Am Berliner Devisenmarkt kam es gestern durchweg zu geringen Kurserholungen. Zu erwähnen ist, daß die Reichsbank wieder bedeutend schärfer repartierte, so bei Brüssel, London, Paris und Schweiz mit 12½ Prozent, bei Holland und New York mit 10 Prozent, bei Kristiania, Spanien und Prag mit 25 Prozent, bei Kopenhagen, Stockholm und Italien mit 20 Prozent. Amtlich stellten sich Devise London auf 289 275 Geld, 290 725 Brief, New York auf 64 838 Geld und 65 162 Brief.

Durch die starken Repartierungen erwachsen dem Zahlungsverkehr in Devisen nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten, wobei noch weiter schwer ins Gewicht fällt, daß zurzeit die Reichsbank als alleinige Abgeberin am Markte ist, was für die Kursgestaltung immerhin von Einfluß ist. Die Kaufanträge waren durchschnittlich erheblich höher als Ende der vergangenen Woche. Namentlich machte sich Bedarf aus dem Westen des Reiches (Köln) verstärkt geltend.

Die Mark in New York.

Nachbörslicher Markkurs in New York am 27. Oktober, 2 Uhr, 0,000000017 Cts. Geld (= 58 823 500 000 M) **und 0, 000000018 Cts. Brief** (= 55 555 500 000 M).

Vorbörslicher Markkurs am 29. Oktober 0,000000013 Cts. Geld (= 76 923 000 000 M) **und 0,000000014 Cts. Brief** (= 71 428 500 000 M).

Schlußkurs am 29. Oktober 0,000000012 Cts. Geld (= 83 333 000 000 M) **und 0,000000013 Cts. Brief** (= 76 923 000 000 M).

Nachbörslicher Markkurs am 29. Oktober, 4¼ Uhr, 0,000000012 Cts. (= 83 333 000 000 M).

Berliner Börse vom 29. Oktober.

An der Börse waren wiederum die verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Momente wirksam, die die Haltung nicht ganz einheitlich gestalteten. Die von New York gemeldete Besserung der Mark konnte sich deshalb nicht geltend machen, weil ihre Wirkung durch verschiedene Ereignisse in Deutschland paralysiert wurde; vor allem hat die Zuspitzung des Konflikts mit Sachsen unzweifelhaft eine fühlbare Trübung der Lage hervorgerufen. Andere Momente, wie besonders die Schwierigkeiten, die vornehmlich mittleren und kleineren Handelsbetrieben aus der Währungsumstellung erwachsen, lassen immerhin eine gewisse Zurückhaltung aufkommen. Sehr wenig ermutigend für die Auffassung der Finanzlage war auch der Reichsbankausweis vom 15. Oktober, der eine Erhöhung des Notenumlaufs um mehr als 45 Billionen Mark bringt. Während vorwiegend schwere Werte sich teilweise noch weiter steigern konnten, gaben andere nicht unerheblich nach. Im großen und ganzen überwogen nachher die Kursabschwächungen.

Leipziger Börse vom 29. Oktober.

Die Undurchsichtigkeit der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage ließ am ersten Börsentage der neuen Woche das Geschäft, das sich schon in der Vorwoche merklich verengt hatte, weiter scharf einschrumpfen. Einerseits hielt die Versteifung des Geldmarktes infolge der Ultimoregulierungen und der Versorgung mit wert- und unwertbeständigen Zahlungsmitteln unvermindert stark an, da die flüssigen Mittel in erster Linie jetzt dem Markt der wertbeständigen Zahlungsmittel zuströmen, so daß für Effektenerwerb nur geringe Mittel verfügbar bleiben. Andererseits ist der aus den täglichen Devisensteigerungen resultierende Anreiz zum Aktienerwerb vorläufig fortgefallen, da die Devisenkurse seit fast drei Tagen eine auffallende Stabilität zeigen. Diese Tatsachen werden auch nicht durch die Hoffnungen auf die demnächst wohl bevorstehende Goldkursnotierung der Effekten aufgehoben. Für den Leipziger Platz speziell kamen die Besorgnisse über die Zuspitzung des Konflikts Stresemann-Zeigner sowie der Ausfall der nächsten Mittwochbörse infolge Feiertags noch hinzu. Das aus Positionslösungen herauskommende Angebot fand allerdings ohne stärkeren Kursverlust Aufnahme, vielmehr waren die meisten Kurse überwiegend fest.

Viehmarkt.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 29. Oktober.

Auftrieb: 115 Rinder (39 Ochsen, 19 Bullen, 11 Kalben, 46 Kühe), 86 Kälber, 249 Schafe, 171 Schweine, zusammen 621. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht (in Milliarden Mark). Ochsen: 1. Kl. 15—16, 2. Kl. 13—15, 3. Kl. 10—12, 4. Kl. 6—10; Bullen: 1. Kl. 13—14, 2. Kl. 11—13, 3. Kl. 9—11, 4. Kl. 6—9; Kühe: 1. Kl. (Kalben) 15—16, 2. Kl. 15—16, 3. Kl. 12—15, 4. Kl. 8—12, 5. Kl. 4—8; Kälber: 1. Kl. —, 2. Kl. 9,5—10, 3. Kl. 8—9,5, 4. Kl. 6—8; Schafe: 1. Kl. 14—16, 2. Kl. 11—14, 3. Kl. 5—11; Schweine: 1. Kl. 13—13,8, 2. Kl. 13,8—14, 3. Kl. 11—13, 4. Kl. 8—11, 5. Kl. 8—11. Geschäftsgang: Rinder mittelmäßig; Kälber, Schafe und Schweine gut. Überstand: 7 Rinder, davon 4 Ochsen, 1 Bulle und 2 Kühe.

Die höchsten Rinder-, Schafe- und Schweinepreise beziehen sich auf nordische Tirere mit viel höheren Gestehungskosten. Außerdem von Fleischern direkt geschlachtet: 48 Rinder, 39 Kälber, 12 Schafe und 31 Schweine.

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 29. Oktober.

Weizen, märkischer 155—157, befestigt; Roggen, märkischer 141—142,75, befestigt; Gerste (Sommergerste) 136—138,50, stetig; Hafer, märkischer 107—109, befestigt; Weizenmehl 22,50—25, stetig; Roggenmehl 22,50—25, stetig; Weizenkleie 5,20—5,40, stetig; Roggenkleie 5,20—5,40, stetig; Raps 215—218, fest; Leinsaat 320—350, fest; Viktoriaerbsen 35—40; kleine Speiseerbsen 33—36; Rapskuchen 8,90—9,10. — Die Preise verstehen sich in Goldmark der Goldanleihe (= 4,2 Goldmark) bei Getreide für 1000 Kilo, bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln für 100 Kilo.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden heute folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 11—13; Haferstroh, drahtgepreßt 10—12; Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt 8,5—9,5; gebündeltes Roggenlangstroh 9—10; Heu, gutes 9—13; Heu, handelsüblich 6—9.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Wenn die Goldmark kommt!

ist der Verbraucher wieder in der Lage, zu größeren Einkäufen zu sparen. Der Geschäftsmann muß damit rechnen und durch großzügige Reklame den Strom der Käufer auf seine Firma lenken. Die beste Reklame ist ein Inserat im „Merseburger Korrespondent“.

Eigener Botendienst in folgenden Ortschaften:

Ansiedlg. Freienfelde, Ansiedlg. Gef.-Lager, Atzendorf, Balditz, Bedra, Benkendorf, Benndorf, Beuchlitz, Bischdorf, Blösien, Bothfeld, Braunsdorf, Bündorf, Burgstaden, Caja, Corbetha (Sand)

Cröllwitz, Crumpa, Cracau, Daspig, Dehlitz a. Berge, Dölkau, Dörstewitz, **Dürrenberg**, Eisdorf, Eptingen, Fährendorf, Frankleben, Gaswerk-Baracken, Geiselröhlitz, Gensa, Göhlitzsch

Göhren b. Zöschen, Gostau, Gräfendorf b. Neumark, Groß-Göhren, Groß-Görschen, Groß-Gräfendorf, Groß-Kayna, Groß-Ostrau, Günthersdorf, Hohenweiden, **Holleben**, Harburg, Kämmeritz, Keuschberg, Kirch-Fährendorf

Klein-Göhren, Klein-Görschen, Klein-Gräfendorf, Klein-Kayna, Klein-Lauchstedt, Knapendorf, Kölzen, Körbisdorf, Kötschau, Kötzschen, Kötzschlitz, Kriegsdorf, Kriegstedt, **Lauchstädt**, Lennewitz

Leuna-Dorf, Leuna-Werk, Löpitz, Lössen, **Lützen**, Lützkendorf, **Merseburg**, Meuschau, Michlitz, Milzau, Möckerling, Möritzsch, **Mücheln**

Naundorf, Netzschkau, Neu-Biendorf, Neukirchen, Neumark-Land, Neumark-Kolonie, Neumark-Dorf, Neu-Rössen, Nied.-Beuna (Dorf), N.-Beuna (Kolonie), Nieder-Kriegstedt, Nieder-Clobicau, Niederwünsch, Ober-Beuna, Ober-Kriegstedt

Ockendorf, Ostrau, Ober-Clobicau, Oberwünsch, Pörsten, Pretzsch, Preußensiedlung, Porbitz-Poppitz, Rahna, Raschwitz, Rattmannsdorf, Reinsdorf, Reipisch, Rippach, Röcken, Rockendorf

Rössen-Dorf, Runstädt, St. Ulrich, Schadendorf, **Schafstädt**, Schkopau, Schladebach, Schotterey, Schortau, Schwetzwitz, Starsiedel, Sössen, Spergau

Strößen, Tragarth, Trebnitz, Unter-Kriegstedt, Wallendorf, Wegwitz, Wernsdorf, Wünschendorf, Zscherneddel, Zöschen, Zöbigker, Zscherben, Zitzau, Zweimen, Zschöchergen, Zützschdorf

Außerdem in vielen hunderten Orten durch die Postbriefträger.

Bekannt sein ist die Quelle des geschäftlichen Erfolges!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die 5. Oktober-Woche, fällig bei Abholung, 9 Milliarden Mark frei Haus. Abholestelle 8,9 Milliarden Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 1,5 Milliarden, bei 6 Seiten 2,0 Milliarden, bei 8 Seiten 2,5 Milliarden.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg
mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg
der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatlich erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigengrundpreis × Schlüsselzahl = Tagespreis. Für den achtgespalt. Millimeterraum 20 M. bei Barzahlung — sonst Tagesschlüsselzahl am Zahltage — im Reklameteil 80 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 60 M. Aufschlag. — Vorstehende Grundpreise werden multipliziert mit der Schlüsselzahl des B.S.-Z.-B. (z. Z. 18 000 000). Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Belegnummer wird berechnet.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.
Fernruf: Redaktion 224, Geschäftsstelle 466.

Nr. 255 — Dienstag den 30. Oktober 1923. — 50. Jahrg.

Die Ordnungs-Aktion in Sachsen.

Die Amtsenthebung der sächsischen Regierung.

Dresden, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Nach der schon gestern mitgeteilten Ernennung des Reichskommissars Dr. Heintze hat gestern ein Hauptmann vom Reichswehrkommando IV im Auftrage des Reichskommissars dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und den übrigen sächsischen Ministern mitgeteilt, daß die Minister ihrer Ämter enthoben seien. Die Minister haben sich gefügt.

Die Amtsenthebung stützte sich auf folgende, heute durch WTB. verbreitete

Verordnung des Reichspräsidenten:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Oktober 1923.

gez. Ebert. gez. Dr. Stresemann."

Der Zusammentritt des sächsischen Landtags verboten.

Dresden, 30. Okt. General Müller, der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, erläßt folgende Erklärung: „In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar von Sachsen findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt."

Aufruf des Reichskommissars an die Sachsen.

Dresden, 30. Okt. (WTB.) Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, erläßt einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung, in dem er es als seine Hauptaufgabe bezeichnet, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrkreises 4 die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen und die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fordern. Von der Beamtenschaft erwartet er, daß sie getreu ihren Amtspflichten nachkommt.

Dreitägiger Generalstreik?

Nach einer Meldung der „V. Z." aus Dresden haben die Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Afa und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, sowie die Parteiorganisationen der VSPD. und der KPD. für Sachsen in längerer gemeinsamer Sitzung für heute früh für ganz Sachsen einen dreitägigen Generalstreik beschlossen.

Die Neubildung der sächsischen Regierung auf parlamentarischer Grundlage.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dittmann haben sich nach Dresden begeben, um dort mit ihren sächsischen Parteifreunden wegen der Regierungsbildung in Sachsen zu verhandeln. Die Blätter hoffen, daß ihnen das Vermittlungswerk gelingen wird. Nach Ansicht parlamentarischer Kreise kommen für die Zusammensetzung des neuen ohne Kommunisten zu bildenden Kabinetts drei Möglichkeiten in Frage:

1. eine rein sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung durch die Demokraten;
2. ein Kabinett der Sozialdemokraten und Demokraten mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei;
3. würden sich auch die Demokraten allein zur Bildung eines neuen Kabinetts bereitfinden lassen. Wird eine neue Regierung ohne Kommunisten gebildet und erhält sie für ihr Programm im sächsischen Landtag eine Mehrheit, dann hat auch, wie die Blätter betonen, die Reichsexekutive in Sachsen ihr Ende erreicht und der Reichskommissar ist dann überflüssig geworden.

*

Wie das „B. T." erfährt, ist das Hauptaugenmerk des Reichskommissars Dr. Heintze in Sachsen darauf gerichtet, sobald wie möglich den Zusammentritt des sächsischen Landtags zu erwirken. Das Verbot des Landtagszusammentritts bestand nur so lange, als die Regierung Zeigner am Ruder war.

Weitere Maßnahmen.

Dresden, 30. Okt. (Priv.-Telegr.) Am Montag wurden auf Befehl des Wehrkreiskommandos **sämtliche Regierungsgebäude in Dresden, das Landtagsgebäude, sowie die Hauptpost und das Telegraphenamt militärisch besetzt,** um den ungestörten Weiterbetrieb bei diesen Behörden unbedingt sicherzustellen.

*

Auf Wunsch des Reichskommissars hat der Militärbefehlshaber des Wehrkreises 4 das **Erscheinen sämtlicher kommunistischer Zeitungen bis auf weiteres verboten.** Die Druckereien wurden polizeilich besetzt. In Frage kommen: „Sächsische Arbeiterzeitung", Leipzig, „Der Kämpfer", Chemnitz, „Volksblatt", Dresden, und die in Halle und Magdeburg erscheinenden kommunistischen Organe.

*

Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 4 erläßt folgende Bekanntmachung:

Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich:

„Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaate Sachsen bis zu anderweiter Regelung verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der in Ziffer 7 meiner Verordnung vom 27. Oktober 1923 angeführten Strafandrohung."

Das Reichskabinett zur Lage.

Die Stellung der Sozialdemokraten zu dem scharfen Vorgehen.

Berlin, 30. Okt. Das Reichskabinett trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Vorgängen in Sachsen zu beschäftigen. Wie der „Vorwärts" meldet, protestierten die sozialdemokratischen Minister gegen das Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heintze und des Generals Müller. Ihre weitere Entscheidung werden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Einvernehmen mit den Partei-Instanzen treffen. Das Blatt mißt der heutigen geheimen Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und der für morgen einberufenen Sitzung der gesamten Fraktion eine außerordentliche Bedeutung bei.

Neue innerpolitische Gefahren!

Die Sozialdemokratie steht vor einer schweren Entscheidung; die Meldung, daß die sozialdemokratischen Minister des Kabinetts Stresemann dem Vorgehen gegen Sachsen — Forderung nach dem Rücktritt der sächsischen Regierung, Verbot des Zusammentritts des Landtags, Ernennung Dr. Heinzes zum Reichskommissar — zugestimmt haben, wird in dieser allgemeinen Form von sozialdemokratischer Seite bestritten, und am Montag wurde für Dienstag um 1 Uhr der Vorstand der Reichstagsfraktion einberufen. Es wurde dabei die Unterlassung jeder Sonderaktion innerhalb der Partei angeordnet.

Es steht nichts Geringeres auf der Tagesordnung, als die Frage, **ob die sozialdemokratische Partei noch in der Regierung bleiben will und ob sie es angesichts der Stimmung eines Teiles ihrer Wählerschaft ohne Spaltung noch kann.** Mit einem Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung wäre aber nicht eine gewöhnliche parlamentarische Krise geschaffen, denn bekanntlich gilt das Ermächtigungsgesetz nur für das jetzige Kabinett, und für ein anderes Kabinett wäre zu einem neuen Ermächtigungsgesetz die Zweidrittelmehrheit kaum zu beschaffen. **Wenn also zum drittenmal das Kabinett Stresemann bedroht erscheint, so ist die Lage noch schwieriger als bei der letzten Krise,** zumal inzwischen der Konflikt mit Bayern eingetreten ist, der zu der Erbitzerung an der Ruhr hinzutritt. Die Gerüchteträger sind inzwischen eifrig an der Arbeit; sie wollen von einem Minderheitskabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wissen, einer Wiederholung also des aus Volkspartei, Demokraten und Zentrum zusammengesetzten Kabinetts Fehrenbach, vielleicht auch einer Wiederholung des Kabinetts Cuno, das bekanntlich parlamentarisch in erster Linie auf die Arbeitsgemeinschaft gestützt war. Aber für ein solches Kabinett bestünden die Schwierigkeiten hinsichtlich des Ermächtigungsgesetzes gleichfalls. Bliebe nur die „Lösung" (?), daß bei einem Zerfall der großen Koalition endlich einmal die Rechte in die Verantwortung geht. Auch sie wäre parlamentarisch eine Minderheitsregierung, aber eine, die vermutlich weniger Scheu hinsichtlich parlamentarischer Bindungen hätte. Sie würde offenbar auch ohne Ermächtigungsgesetz sich zu allerlei ermächtigt glauben. Die Anhänger einer solchen Wendung haben ja schon seit einiger Zeit die Meinung ausgesprochen, daß Dr. Stresemann einer derartigen Regierung Platz machen soll, und sie haben dem Kanzler recht unverblümt die Rolle jenes Konrad von Franken zugeschoben, der vor rund 1000 Jahren die Reichseinheit nicht schaffen konnte und am Ende, seines Lebens die Königswahl gerade dem Führer der Fronde gegen die Reichseinheit, dem Sachsenherzog Heinrich dem Vogler, übersenden ließ. Die Rolle dieses Sachsenherzogs wollen diese Leute dem Herrn von Kahr geben, der als Frondeur gegen eine Reichseinheit von heute der Schmied der Reichseinheit von morgen werden könne.

Diese Bestrebungen bestehen (wir berichten nur!), und auf den Ernst der Lage nach dieser Seite hin hat auch der Innenminister Sollmann hingewiesen, als er meinte, daß ein Vortragen der nationalistischen Bewegung Bayerns unter dem Zeichen des weißen Terrors nicht ganz aus dem Bereich der Möglichkeit läge. Die Frage ist zunächst, ob Dr. Stresemann gesonnen ist, die ihm zugedachte Rolle Konrads von Franken zu spielen, und ob er insbesondere den Herrn von Kahr für den geeigneten Träger der Rolle des Sachsenherzogs Heinrich hält. Jener Sachsenherzog wurde immerhin aus einem Frondeur ein großer König, der mit sehr kluger Realpolitik zehn Jahre lang durch Tribute die Magyaren vom Leibe hielt, bevor er diese Last abwerfen konnte, der also, wenn man will, ein „Erfüllungspolitiker" war. Die Meinungen darüber, ob Herr von Kahr der neue Heinrich sein kann, ob er uns wirklich die nationale Einheit geben könnte, die gerade von seinem Bayern aus in Frage gestellt wurde, sind im deutschen Volke jedenfalls sehr geteilt. Die Überzeugung Konrads von Franken, daß Heinrich der gottgewollte Nachfolger sei, scheint Dr. Stresemann im Falle Kahr nicht zu teilen, und **wenn die Sozialdemokratie die Erkenntnis Sollmanns zu der ihrigen macht, dann müßte sie wohl um jeden Preis das Kabinett Stresemann zu erhalten suchen.** Sie müßte es auch um den Preis, daß in Sachsen gegen die dortige Sozialdemokratie die Auslegung des Artikels 48 der Reichsregierung gehandhabt werde, die zur Ernennung des Reichskommissars Dr. Heintze, zur vorläufigen Schließung des Landtags und zur Enthebung des Ministeriums Zeigner geführt hat. Diese Auslegung hat sich der Reichspräsident, der aus der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen ist, zu eigen gemacht, und wenn die Sozialdemokratie in der Regierung bleiben will, muß sie sich dieser Auslegung fügen. Kommt es anders, dann werden diejenigen, die einer gewissermaßen physischen Entwicklung gegenüber ihre Überzeugung aufrecht zu erhalten vermögen, die Taten und Ereignisse, die dann folgen, in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus zu prüfen haben, **ob Reichseinheit und Geschlossenheit der Länder nach außen hin durch diese Entwicklung gefördert oder gehemmt werden.**

Sozialdemokratie und innere Krise.

Köln, 30. Okt. (WTB.) Der Reichsminister des Innern Sollmann erklärt in einem der sozialdemokratischen Zeitung „Rheinland" zur Verfügung gestellten Artikel: Ein Dauerzustand von Verfassungswidrigkeiten zwischen dem Reich und den Ländern würde

ohne sozialistische Minister

ertragen werden müssen. Wir müssen der Möglichkeit, daß die Gegenrevolution von Bayern her nach Norddeutschland vorgetragen wird, und zwar möglicherweise unter weißem Terror, ins Auge sehen. Die kommunistischen Führer in Sachsen, denen viele Arbeiter ahnungslos folgen, kompromittieren die ganze Sozialdemokratie. Jedem Bündnisgedanken hohnsprechend ziehen diese Minister durchs Land und fordern zum Kampf gegen Reichsregierung und Reichsgewalt auf. In Bayern, Sachsen und am Rhein können sich in dieser Woche geschichtliche Entschlüsse von größter Tragweite vollziehen und die Sozialdemokratie trägt, wenigstens in Sachsen und am Rhein, einen großen Teil der Verantwortung.

Erfolgreiche Verhandlungen der R[illegible]?

Berlin, 30. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Aus Paris meldet Havas: Die Verhandlungen zwischen den alliierten Besatzungsbehörden und den Industriellen im Ruhrgebiet gehen weiter. Im Laufe dieser Woche sollen wichtige Abschlüsse getroffen werden, wodurch die Zahl der Bergwerksbesitzer und der Besitzer metallurgischer Unternehmungen, welche mit den Alliierten Abschlüsse treffen würden, von 29 auf 90 Prozent steigen würde. All diese sollen zugestimmt haben, die Reparationskohle zu liefern, über das Kompromiß, das geschlossen wurde, sind genaue Angaben einstweilen noch nicht vorhanden. Es heißt nur, daß im Laufe der Verhandlungen die Industriellen eine Verminderung der rückständigen Kohlenlieferungen zugestanden erhielten. Dagegen verpflichteten sie sich, Reparationskohle grundsätzlich zu liefern. Für die Bezahlung der rückständigen Kohlenlieferungen werden ihnen noch Fristen zugestanden werden. Die Franzosen haben einen Teil der beschlagnahmten metallurgischen Vorräte freigegeben, und durch deren Verkauf werden die Industriellen in der Lage sein, das Geld zu beschaffen, um ihre Unternehmungen wieder in Gang zu setzen.

England und die Reparationskonferenz.

London, 30. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) In der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz hat Außenminister Curzon ausführlich über die Antworten der Alliierten auf die englische Konferenz-Anregung berichtet. Curzon und später auch die Vertreter der Dominions in der Aussprache haben große Bedenken gegen die zu weit eingeschränkten Beignisse dargelegt. Da die englische Regierung und die Reichskonferenz aber den Standpunkt vertreten, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten an einer Prüfung der Reparationsfrage, gleichgültig, unter welchen Umständen sie erfolgt, von ausschlaggebender Bedeutung ist, hat die englische Regierung unverzüglich einen Meinungsaustausch mit Washington eingeleitet, um festzustellen, ob die amerikanische Regierung den französischen Vorschlag als eine ausreichende Grundlage für die weitere amerikanische Mitarbeit ansieht.

Die amerikanische Antwort wird stündlich erwartet. Sie dürfte entscheiden, welche Gegenvorschläge die englische der französischen Regierung machen wird.

London, 30. Okt. (Drahtmeldung des WTB.) Bonar Law ist gestorben.

Verkehrseinschränkungen wegen Kohlenmangels.

Elberfeld, 30. Okt. (Priv.-Telegr.) Wegen der Unruhen in Hamburg, der Ausstände in Bremen, Bremerhaven und Oberschlesien, sowie der unterbundenen Kohlenausfuhr aus Böhmen, kann nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion aus Elberfeld mit einer geordneten Kohlenzufuhr für die Reichseisenbahnen in den nächsten Wochen nicht gerechnet werden.

Pfund Sterling . . .	289 275 000 000	290 725 000 000
1 Dollar	**64 838 000 000**	**65 162 000 000**
1 französischer Frank . .	3 771 000 000	3 789 000 000
1 Schweizer Frank . .	11 561 000 000	11 629 000 000
1 tschechische Krone . .	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231030-13/fragment/page=0007